

Der 06.09.2008

Jugendring Dortmund
Arbeitsgemeinschaft Dortmunder Jugendverbände

Ein Neonazi-Aufmarsch und seine Folgen





Herausgeber:

Jugendring Dortmund Verwaltungsausschuss e. V.

Friedhof 6-8
44135 Dortmund

Tel.: (0231) 52 40 73
Fax: (0231) 55 43 65

Internet: www.jugendring-do.de

E-mail: info@jugendring-do.de

Inhalt: Andreas Roshol (verantwortlich), Josef Niehaus

Fotos: Ralf Rottmann, Alexander Völkel

Copyright: Jugendring Dortmund Verwaltungsausschuss e. V.

Auszüge aus dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Artikel 1

- (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
- (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
- (3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2

- (1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
- (2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 4

- (1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
- (2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

Artikel 5

- (1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

Artikel 8

- (1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
- (2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9

- (1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
- (2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.

Artikel 11

- (1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
- (2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 139

Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.

Inhaltsverzeichnis

Plädoyer für die wehrhafte Demokratie:	
Ja zum Rechtsstaat – Nein zum Missbrauch durch Rechts	2
Einordnung der Demonstrationen	
Die Freiheits- und Grundrechte der BürgerInnen werden beschnitten	4
Auszug aus der Liste der letzten Neonazi-Demos	5
Polizeistrategie/-Taktik	6
Demogeschehen am 6. September 2008	8
Folgen für den Stadtteil: Das öffentliche Leben kommt zum Erliegen	
Massive Behinderungen der BürgerInnen	10
Auswirkungen auf Handel und Gewerbe	15
Behinderung der Religionsausübung	17
Brunnenfest litt unter Demo und Sperrkonzept	18
Ungleiche Behandlung zwischen Linken und Rechten	19
Politische Aktivitäten, Bewertungen und Stellungnahmen	24
Anhang	
Pressespiegel	36
Antworten der Landesregierung auf die Anfragen von Gerda Kieninger	44

Vorwort

Ja zum Rechtsstaat – Nein zum Missbrauch durch Rechts

Der Jugendring Dortmund als Arbeitsgemeinschaft von 28 eigenständigen und weltanschaulich unterschiedlichen Jugendverbänden legt eine Dokumentation des Nazi-Aufmarsches am 06. September 2008 vor.

An diesem Tag marschierten ein weiteres Mal Nazis durch unsere Stadt, über 1.000, aus Deutschland und dem europäischen Ausland.

Vordergründig demonstrieren die Nazis für verquere politische Ideen, in Wirklichkeit aber marschieren sie, um Angst und Schrecken zu verbreiten, Menschen einzuschüchtern, individuelle Grundrechte wie die auf Meinungsfreiheit und Freizügigkeit einzuschränken.

Mit ihren Aufmärschen nehmen die Nazis das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit in Anspruch und missbrauchen es zugleich für ihre antidemokratischen Ziele.

Angesichts dieses unerträglichen Zustandes wendet sich der Jugendring Dortmund im Interesse der Menschen in dieser Stadt an

Politik und Verwaltung der Stadt Dortmund

Schützt die Straßen und Plätze unserer Stadt vor demokratiefeindlichen Veranstaltungen. Sorgt mit dafür, dass diese frühzeitig „besetzt“ sind.

Besteht darauf, rechtzeitig in die Genehmigungsverfahren eingebunden zu werden. Und nicht erst dann, wenn das Aufmarschgebiet der Nazis und deren Route bereits feststeht.

Solidarisiert Euch ohne Wenn und Aber mit denjenigen, die sich den Nazis entgegenstellen.

Lasst ab von allen Versuchen, diejenigen, die Widerstand gegen Rechts leisten, in gute und böse Menschen zu klassifizieren.

Polizei und Gerichte

Bedenkt, dass das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit zurecht einen hohen Stellenwert einnimmt. Aber unser Grundgesetz räumt diesem Grundrecht keinen Vorrang gegenüber dem Grundrecht auf Freizügigkeit ein. Achtet darauf, dass Eure Entscheidungen und Euer Handeln nicht einer De-facto-Aussetzung anderer Grundrechte Vorschub leisten.

Lasst es nicht weiter zu, dass die Nazis Euch und unseren Rechtsstaat vorführen. Denn wenn sie erst marschieren, 1.000 an der Zahl wie am 01. Mai 2007 und am 06. September 2008, ist Euer Handlungsspielraum gleich Null, wenn offensichtlich gegen Eure Auflagen verstoßen wird. Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel, wie Ihr es nennt, schließt die Auflösung des Nazi-Aufmarsches in der Regel aus.

Nehmt die, auch nach Eurer Beobachtung zunehmende Gewaltbereitschaft der marschierenden Nazis zur Kenntnis und versagt daraufhin die Genehmigung ihrer Aufmärsche. Vermeidet es so, Euch selbst in eine missliche Lage zu bringen.

Unterlasst in Zukunft jeglichen vorauseilenden Gehorsam, wie etwa am 01. Mai 2007, als das Transparent mit dem Hinweis auf eine Infoline für Aussteiger aus der rechten Szene sowie Plakate und Aufkleber der DGB-Jugend und anderer Jugendorganisationen entfernt wurden.

Sorgt, wenn es zum Aufmarsch der Nazis kommt, zumindest dafür, dass sich an den Übergängen aus den oder in die hermetisch abgeriegelten Stadtteile eine Gruppe ortskundiger Polizeibeamter gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern aufhält.

Einzelhandel

Hört auf mit Euerm Gejaule über Umsatzrückgänge im Zusammenhang mit den Aufmärschen der Nazis. Sprecht Euch vielmehr unmissverständlich und in aller Öffentlichkeit für Demokratie, Vielfalt und Toleranz aus und erteilt Rechts eine klare Absage.

Stadtwerke, TRD und andere

Lasst Euch nicht noch einmal für eine verfehlte Polizeitaktik missbrauchen wie am 01. Mai 2007, als Eure Busse hunderte von Nazis von der Rheinischen Straße durch die Stadt zu ihrem Versammlungsplatz fuhren. Das war unerträglich, ist unentschuldig und darf sich nicht wiederholen!

Die Zeit ist reif, die Genehmigungspraxis der Dortmunder Polizei und die Spruchpraxis der Gerichte auf den Prüfstand zu stellen. Die Nazis zeigen ihr wahres Gesicht, nicht erst heute! Das sollte „man“ bei Polizei und Gericht endlich erkennen und den Bürgerinnen und Bürgern den ihnen zustehenden Rechtsschutz oder besser gesagt Schutz vor Rechts gewähren!

Für den Vorstand des Jugendring Dortmund:

Andreas Roshol
Vorsitzender

Josef Niehaus
Geschäftsführer



Die Freiheits- und Grundrechte der BürgerInnen werden beschnitten



Dortmund hat sich in den letzten Jahren zu einem Knotenpunkt der rechts-extremen Szene entwickelt. Regelmäßig finden Demonstrationen und Aufmärsche aber auch Kundgebungen und Konzerte statt. Die Spanne reicht von lokalen und regional ausgerichteten Aktionen bis hin zu Aufmärschen, zu denen deutschland- und europaweit mobilisiert wird. Meist sind es die Autonomen Nationalisten

um die Dortmunder Aktivisten Dennis Giensch und Dietrich Surmann und den nationalen Frontmann der Szene, Christian Worch aus Hamburg, die diese Aufmärsche organisieren. Zuletzt haben sie das nicht allein gemacht – neben den Freien Kameradschaften haben sie auch Parteien wie die NPD und die DVU mit ins Boot geholt.

Vor allem Gedenktage haben sich die Neonazis herausgepickt: Neben dem Holocaust-Gedenktag am 27. Januar und dem Tag der Arbeit am 1. Mai haben sie sich vor allem den Antikriegstag ausgesucht. Sie versuchen den demokratisch und antifaschistisch geprägten Gedenktag an den Beginn des Zweiten Weltkrieges national zu besetzen und zu missbrauchen. Zuletzt fand am 6. September 2008 der vierte so genannte Nationale Antikriegstag statt.

Diese Neonazi-Aktivitäten blieben meist nicht unbeantwortet. Eine Vielzahl von Organisationen vom bürgerlichen bis hin zum links-autonomen Spektrum mobilisiert gegen den braunen Spuk. Es kommt zu einer Vielzahl von unterschiedlichen Protesten und Protestformen. Von Demos und Kundgebungen über Mahnwachen bis hin zu Kreativ- und Plakataktionen.

Bei den Aufmärschen werden bestimmte Stadtbezirke deutlich häufiger angesteuert. Vor allem die östliche Innenstadt war schon mehrfach Ausgangspunkt der rechtsextremen Aufmärsche und der damit einhergehenden Gegendemos. Am 1. Mai 2007 kam es dabei zu einem Brandanschlag auf die S-Bahnstrecke, um den Neonazi-Aufmarsch zu verhindern. Die Folge: Seitdem versucht die Polizei kategorisch, die verschiedenen politischen Lager zu trennen und fährt eine sehr restriktive Schiene. Mit der Folge, dass die Bevölkerung und die Geschäftswelt noch deutlich stärker also nur durch den Neonazi-Aufmarsch Beeinträchtigungen zu erleiden hat und Freiheits- und Grundrechte der BürgerInnen beschnitten werden.

04.02.06

02.09.06

01.05.07

01.09.07

Auszug aus der Liste der letzten Neonazi-Demos

(Quelle: BDgR)

- 01.09.2007:** Neonaziaufmarsch zum Antikriegstag. Begleitet von Gegenkundgebung und Gegendemonstration marschieren ca. 400 Neonazis mit kruden Parolen („Nie wieder Krieg nach unserm Sieg“ u.a.) geschützt von einem riesigen Polizeiaufgebot vom Hafen zum Naziladen Donnerschlag in Dorstfeld.
- 01.05.2007:** Unter dem Motto „Gemeinsam gegen Kapitalismus – Heraus zum 1. Mai!“ mobilisierten NPD, NVU und der freie Widerstand Dortmund (Dennis Giemsch) ca. 1.000 Nazis nach Dortmund.
- 02.09.2006:** Nazi-Aufmarsch unter dem Motto „Gegen imperialistische Kriegstreiberei und Aggressionskriege. Für freie Völker in einer freien Welt.“ Ca. 250 Teilnehmer, Anmelder Dennis Giemsch; Christian Worch hatte einen 2. Aufmarsch angemeldet, der aber nicht stattfand.
- 04.02.2006:** ca. 100 Nazis marschieren von Dortmund - Nordstadt bis zur Möllerbrücke unter dem Motto „Nationale Souveränität erhalten - Deutschland raus aus der EU“.
- 03.02.2006:** Naziaufmarsch unter dem Motto „Kapitalismus bekämpfen - Für einen sozialistischen Nationalismus“ in Dortmund - Aplerbeck, ca. 70 Teilnehmer.
- 28.01.2006:** Trotz zahlreicher Bemühungen wird der Nazi-Aufmarsch in Dortmund und in anderen deutschen Städten erlaubt durch das Bundesverfassungsgericht. Einen Tag nach dem Holocaust-Gedenktag versammeln sich ca. 280 Nazis am Südbad unter dem Motto: „Gegen staatliche Repressionen - Weg mit dem §130 StGB“. Abseits der Veranstaltung greift ein organisierter Greiftrupp der Nazis mehrere Personen an, die sie für Antifaschisten halten, diese werden teilweise erheblich verletzt. Da die Naziroute blockiert wird, löst der Veranstalter den Marsch auf, daraufhin randalieren ca. 60 Neonazis auf der Rheinischen Straße.

Polizei-Strategie im Vorfeld

Die Polizei hat wegen des Neonazi-Aufmarschs und der Vielzahl von Protestkundgebungen auf eine massive Polizeipräsenz gesetzt. „Wir sind am 1. Mai 2007 von der Vehemenz der Gewalt überrascht worden“, räumte Polizeipräsident Hans Schulze bei der Vorstellung des Polizeikonzeptes im Vorfeld des 6. September ein. „Jetzt sind wir darauf eingestellt.“

Ein Großaufgebot der Polizei und auch der Bundespolizei werde im Einsatz sein. Die Bundespolizei deshalb, weil sie für den Schutz der Gleisanlagen zuständig ist. Im vergangenen Jahr hatten gewalttätige Autonome auf Gleisanlagen in der östlichen Innenstadt brennende Barrikaden errichtet, um die Anreise der Neonazis zu verhindern. Am Wochenende werde die Polizei daher jeglichen Kontakt zwischen Neonazis und Antifaschisten verhindern. „Wir haben die Erfahrungen ausgewertet und uns taktisch darauf eingestellt“, betonte Polizeiführer Dieter Keil. „Wir können von einer besonderen Dimension ausgehen - sowohl von der extremen Linken als auch von der extremen Rechten“.

Erhebliche Behinderungen

Es werde daher am Samstag zu erheblichen Behinderungen im öffentlichen Leben kommen. Vormittags gibt's Sperrungen am Wall – das links-autonome Bündnis 28.3. hatte dort zu einer Demo vom Hauptbahnhof zum Platz der alten Synagoge mobilisiert. Und wegen der Neonazi-Demo werde die Straßenbahn zwischen der City und Wambel am Nachmittag wohl über Stunden nicht fahren können. „Wir werden aber dafür sorgen, dass die vielfältigen Parallel-Veranstaltungen – das Brunnenfest, das Schulfest zum der Hauptschule am Ostpark, der Apfelmarkt, die Familienbörse, der Wochenmarkt und mehrere Trauungen in den Kirchen im Gebiet ungestört und unbeeinträchtigt stattfinden können.“

Die Erreichbarkeit ist allerdings eine ganz andere Frage: „Wir müssen im Einzelfall sehen, wen wir durchlassen können“, betonte Polizeipräsident Hans Schulze schon Tage vor der Demonstration. Der Aufmarsch der Rechtsextremen - erwartet wurden Redner und Teilnehmer aus mehreren europäischen Ländern – sollte um 12 Uhr zwischen Saarlandstraße und Südbad beginnen. Ab 13 Uhr soll der Marsch bis zum S-Bahnhof Körne-West stattfinden - mit insgesamt vier jeweils einstündigen Kundgebungen.





WR-Kommentar zur Polizei-Taktik vom 03.09.2008

„Das gebrannte Kind scheut Feuer.“ Die Redewendung passt sehr gut auf Dortmunds Polizei. Polizeipräsident Hans Schulze und seine Führungsspitze setzen weiter auf die großräumige Trennung der Neonazis und Antifaschisten. Vom „Dortmunder Konzept“, welches die Demonstrationzüge von Links und Rechts bis auf wenige Meter aneinander heran führte und ein verbales (und dabei gewaltfreies) Abreagieren erlaubte, ist nichts mehr zu sehen. Die Eskalation der Gewalt sei der Grund, warum dies nicht mehr versucht werde. Allerdings waren gerade die Demonstrationen friedlich, die die Gruppen auf Hör- und Rufweite aneinanderbrachte. Allerdings entlud sich die Gewalt erst, als die direkte Konfrontation nicht mehr möglich war - und Polizisten wurden zum Ziel der Gewalt. Den Demokraten sei es nicht mehr gelungen, einvernehmlich gegen Rechts zu demonstrieren. „Das war der Grund zur Trennung“, begründet der Polizeipräsident. Dass es aber erstmals wieder eine Einheit unter der Federführung von Hartmut Anders-Hoepgen gibt, reicht Schulze nicht. „Ich kann nicht erkennen, dass es einen Veranstalter gibt, der die Interessen zu bündeln versteht.“ Harte Worte - und ein Zeichen fehlenden Vertrauens.

Demogeschehen am 6. September:

Neonazis zeigten sich äußerst gewaltbereit

Ein breites Bündnis hat in der Westfalenmetropole gegen den erneuten Aufzug von Neonazis demonstriert. Dabei verhinderte ein Großaufgebot der Polizei erfolgreich ein Aufeinandertreffen zwischen Linken und Rechten. 18 verletzte Polizisten zeugen deutlich von einer neuen Dimension der Aggressivität und Gewalt, die von 1100 Neonazis ausging.

Schon ab morgens herrschte in weiten Teilen der Innenstadt Ausnahmezustand. Einige Bereiche der Revier-Metropole waren hermetisch von der Polizei abgeriegelt worden, vor allem entlang der über vier Kilometer langen rechten Route von der City in Richtung des östlichen Stadtteils Körne. Wasserwerfer waren in Stellung gegangen, Absperrgitter und Polizeiwagen bildeten zusätzliche Sperren. Überall wimmelte es von Einsatzkräften.

Nur Anwohner, die sich ausweisen konnten, erreichten ihre Wohnungen. Teils mit massiven Behinderung und nach langen Diskussionen mit den Ordnungshütern. Zudem kam der öffentliche Nahverkehr in den betroffenen Stadtbereichen zum Erliegen. Viele Geschäfte hatten aus Angst geschlossen. An Kneipen und Restaurants oder auch an Wohnhäusern wurden vielerorts die Jalousien und Sicherheitsgitter an den Türen runtergelassen.



Protest gebündelt

Erstmals seit einigen Jahren war es Hartmut Anders-Hoepgen, dem Sonderbeauftragten des Oberbürgermeister für Toleranz, Vielfalt und Demokratie, gelungen, die Proteste gegen den Naziaufmarsch zu bündeln. Rund 1500 Protestler kamen, unter ihnen Dortmunds OB Gerhard Langemeyer. „Wir wollen Euch nicht in dieser Stadt!“ Diese deutliche Botschaft richtete Anders-Hoepgen an die Neonazis.

Der Theologe forderte die Dortmunder auf, ein „deutliches und nachhaltiges Zeichen zu setzen“. Zuvor hatten dies rund 800 Demonstranten, in erster Linie Autonome und Anhänger der Linkspartei, auf einem Protestzug vom Bahnhof zum Platz der Alten Synagoge vor dem Stadttheater getan. Einige von ihnen schlossen sich dem bürgerlichen Protest an, andere versuchten, den Naziaufmarsch zu stoppen. Die Nazis haben nun schon zum vierten Mal den Antikriegstag (1. September) in Dortmund für ihre rechtsradikalen Ziele missbraucht. Noch bevor der Zug der Rechten - alle wurden einzeln überprüft und durchsucht - loszog, kam es zu ersten Ausschreitungen.

Gewaltbereitschaft nimmt dramatisch zu

Die Neonazis stürmten auf eine Absperrung zu, hinter der eine Handvoll Autonome provozierte. Ein aus den Reihen der Rechten gezündeter Knallkörper verletzte einen Beamten. Während der Nazitross in den vorangegangenen Jahren von der Polizei eher „locker“ begleitet worden war, wurde nach massiven Krawallen unter anderem in Hamburg die Anzahl der Beamten erhöht, die den Tross nur mit aufgesetzten Schutzhelmen abschirmten. Immer wieder kam es zu Angriffen auf die Beamten. Die Polizei selbst sprach von einem „hohen Aggressionspotenzial innerhalb des Aufzuges rechts“. In mehreren Fällen seien aus dem Zug Pyrotechnik gezündet und Flaschen geworfen worden, „durch die insgesamt 16 Polizeibeamte verletzt wurden“, so Polizeisprecher Peter Schulz. Es gibt eine „neue Generation“ von Rechten, äußerst gewaltbereit und aggressiv - wie früher in der autonomen Szene als „Schwarzer Block“ an vorderster Front marschierend.



Mehrfach musste der Zug von der Polizei gestoppt werden. Gegen 19 Uhr, kurz vor dem Ende, kam es am S-Bahnhalte Körne-West abermals zu Ausschreitungen. Hier konnte nach Einschätzung der Bundespolizei ein Durchbrechen der Polizeiabsperrungen nur mit vereinten Kräften verhindert werden, bevor die Demonstranten unbehelligt - von der Bundespolizei begleitet - die Heimreise antreten konnten. 18 Polizisten wurden leicht verletzt. Festgenommen wurden sechs Neonazis. Bei den Gegendemonstranten wurden 92 Protestler festgenommen.



Übersicht: Das öffentliche Leben kommt zum Erliegen

Die Geschäfte schlossen, Gaststätten ließen die Rolltore runter und Autohäuser lagerten ihren Fahrzeugpark aus. In der Innenstadt-Ost und Körne ist am 6. September das öffentliche Leben zum Erliegen gekommen.

„Räumen Sie hier den Platz. Wir können Ihre Sicherheit nicht gewährleisten“, verweisen Polizisten Passanten des Platzes, die mit Einkaufstüten über Kaiser- und Klönnestraßen laufen. „Man fühlt sich, als wenn man sich dafür rechtfertigen müsste, sich auf seiner eigenen Straße aufzuhalten“, ärgert sich Anwohner Nils Zeino. „Die Polizisten tun so, als wenn wir hier falsch sind und nicht die Neonazis“, schimpft ein anderer Passant. „Sie verhindern, dass wir hier unseren Alltag leben können.“



An der Polizeisperre auf der Kaiserstraße bleibt auch eine vierköpfige Familie hängen. Mit den Beamten müssen sie erst diskutieren, dass sie auf dem Rückweg zur Wohnung seien. „Sie haben den falschen Pullover an, um an einem solchen Tag problemlos durch die Absperrungen zu kommen“, weist ein Polizist den Kinderwagen schiebenden Familienvater zurecht, weil er einen „Destroy-Facism“- Pulli („Zerstör Faschismus“) trägt. „An einem solchen Tag ist es genau das Richtige“, kontert er.

Massive Behinderungen der BürgerInnen



Ebenfalls zu leiden hatten Gäste der Hochzeitsfeiern, die Samstag im Stadtbezirk stattfanden. Nicht alle Gäste hatten Zufahrtsberechtigungen bekommen. So wurden die langen Abendkleider gerafft – und schimpfend auf Stiletto bis zu zwei Kilometer zu Fuß durch Absperrungen und zwischen Demonstranten hindurch genommen. Andere Anwohner rührten sich wegen der Belagerung ab Mittags nicht mehr aus dem Haus: „Um 9 Uhr war mein Bäcker in der Davidisstraße schon fast leer gekauft, weil die Kunden mögliche

„Ein- und Ausreiseprobleme“ im Laufe des Tages vermuteten“, berichtet Anwohnerin Ursula Posse-Kleimann. „Diese Demo ist eine Geldverschwendung“.



Viele Geschäfte geschlossen

Nicht zum ersten Mal wurden wegen der Neonazis die östliche Innenstadt und Körne abgeriegelt. Die Geschäftsleute hatten sich darauf eingestellt. Viele kleine Geschäfte hatten den ganzen Tag zu, Supermärkte und Tankstellen hatten zwar geöffnet. Nur wenige Kunden, darunter Demonstranten und Polizisten, kamen. Gähnende Leere auch auf dem Hof des Audi-Zentrums am Hellweg: „Um unser Eigentum zu schützen, haben wir alle Fahrzeuge in Sicherheit gebracht“. Mit Bauzäunen und Wachdienst hatten sie das Areal abgeriegelt. Die Gaststätte am Zehnthof hatte das Gitter geschlossen. Aus ihrem „Käfig“ sahen sich die Gäste den braunen Spuk an.



Im Detail: Die Auswirkungen auf die BürgerInnen

Anwohner berichten, dass ihr Bäcker schon morgens um neun Uhr leer gekauft war, da die Bäckereikunden Angst hatten, später am Tag nicht mehr nach Hause zu kommen. Viele Geschäfte des öffentlichen Lebens öffnen an Tagen der Nazidemonstrationen gar nicht mehr.



Straßenbahnen und Busse fahren nicht

Die Polizeiabsperungen betreffen nicht nur Autofahrer, die die Straßen an die Demonstranten abgeben müssen, sondern auch die Anwohner in direkter und unmittelbarer Nähe zur Laufstrecke

Eine ältere Dame, Zeitzeugin der Gräueltaten während des Dritten Reichs, berichtet, dass sie gar nicht mitbekommen hatte, dass am 06. September eine rechtsgerichtete Demonstration stattfinden soll. Sie ist unbesorgt und arglos mit der Straßenbahn von Körne in die Innenstadt gefahren, wie sie berichtet. Auf dem Hinweg lief alles wie immer, wie an jedem normalen Tag. Die Aufregung kam dann auf dem Rückweg. Ab der Straßenbahnhaltestelle Reinoldikirche war die Fahrt vom Borsigplatz zurück beendet.

Von hier aus fuhr nur noch ein Bus in ihrer Richtung. Und dieser auch nicht nach den normalen Fahrplänen der Straßenbahn. Glück für die Frau, die aufgrund ihres Alters zu Fuß nicht mehr so agil ist, war, dass der Busfahrer sie freundlicher Weise außerhalb der normalen Haltestellen wohnungsnah aus dem Bus hat aussteigen lassen. Für den Rest des Tages traute sie sich nicht mehr vor die Tür, um einer Wiederholung der Odyssee am Morgen zu entgehen. „Und ich wollte dem braunen Pack nicht in die Hände fallen! Außerdem habe ich Angst vor diesen Leuten“, betonte sie im Gespräch.

Rigides Sperrkonzept der Polizei

Die Polizei ist an diesem Tag ein rigides Sperrkonzept gefahren, um „ein Einsickern“ von Gegen-demonstranten zu verhindern. Weiträumig wurde daher der Bereich entlang der Demoroute der Neonazis abgesperrt. Mit allen Mitteln sollte ein Zusammenstoß von Neonazis und Gegen-demonstranten verhindert werden. Daher fuhr nichts: Busse, Bahnen, Autos ohne besondere Genehmigungen, die die Polizei im Vorfeld verteilt hatte, kamen nicht mehr durch.

„Nur Krankenwagen kommen durch“

Andere ältere Bürger wandten sich Hilfe suchend an die Polizei. Doch viel tun konnten diese nicht: Da sie öffentliche Verkehrsmittel nicht nutzen konnten, fragten sie, ob sie denn Taxis rufen könnten. Doch auch dies mussten die Beamten verneinen. „Wenn Sie es zu Fuß nicht schaffen, können wir nur einen Krankenwagen rufen. Die sind die Einzigen, die durchkommen“, so der ortsunkundige Beamte. Dies ist nur einer von vielen Kritikpunkten: Die Dortmunder Polizeiführung achtet nicht darauf, dass an wichtigen Knotenpunkten zumindest ein oder zwei Dortmunder Beamte sind, die die Örtlichkeiten kennen. Sie tragen damit zu einer unnötigen Belastung der BürgerInnen und einer weiteren Eskalation bei.

Platzverweise für Demokraten

Andere Anwohner der Innenstadt-Ost und Körnes wurden von der Polizei des Platzes verwiesen, da der Aufenthalt auf den Straßen als zu gefährlich erachtet wurde. „Man fühlt sich, als wenn man sich dafür rechtfertigen müsste, sich auf seiner eigenen Straße aufzuhalten“, ärgert sich Anwohner Nils Zeino. „Die Polizisten tun so, als wenn wir hier falsch sind und nicht die Neonazis“, schimpft ein anderer Passant. „Sie verhindern, dass wir hier unseren Alltag leben können.“

Worin genau die Gefahr für die Anwohner bestand, wurde den Betroffenen nicht erläutert. Viele fragen sich, was wohl die Konsequenz daraus ist, dass es für Anwohner zu gefährlich ist, sich in den eigenen Stadtteilen zu bewegen. Warum ihnen das zugemutet wird. Ein weiterer Kritikpunkt an der Polizeiführung: Die Beamten sind nicht oder nur unzureichend in der Lage, ihre Entscheidungen oder Auflagen zu begründen oder zu erklären.

„Braunes Pack zieht Gewalt an“

Ein Anwohner der Nebenstraße des Körner Hellwegs erzählt nach langem Zögern, dass er die Stadt verlässt, wenn er weiß, dass es eine Nazidemo gibt. Der 76-jährige, selber Opfer des Naziregimes, schüttelt sich und ist verwundert, wie es sein kann, dass für die rechte Szene das öffentliche Leben bewusst lahm gelegt wird.

„Die noblen Herren und Damen wissen doch, dass es immer wieder zu Ausschreitungen kommt, wenn das braune Pack sich in der Stadt aufhält. Muss es sein, dass immer wieder eine Genehmigung für die ausgestellt wird? Ich bekomme einen geschwollenen Hals, wenn ich mir überlege, was diese Tage summa summarum alles kosten. Und der kleine Bürger, der wird in seiner Freiheit eingeschränkt. Nicht, dass uns jemand verbieten würde vor die Tür zu gehen. Nein, das läuft subtiler ab. Die Läden haben geschlossen, weil die Ladeninhaber Angst vor Übergriffen und Randalen haben. Also muss man wie vor einem Feiertag im Voraus einkaufen gehen.“

„Nazis haben mir die Wohnung genommen – ihre Nachfahren sperren mich zu Hause ein“

Verlässt man dann doch die Wohnung, kommt es zu Behinderungen der Bewegungsfreiheit durch die Absperrungen und die Polizei, die die Strecke beschützt. Müssten nicht eigentlich wir vor denen beschützt werden, indem man sie gar nicht erst in unsere Städte und Vorstädte lässt? Die Nazis haben mir mein Zuhause genommen, als ich sieben war. Und jetzt kommen deren Nachfolger und sperren mich in mein Zuhause ein. Die Welt hat wohl nichts gelernt von den Schrecken unter Hitler.“

Meinungsfreiheit der Demokraten wird von der Polizei behindert

Eine andere Mitbürgerin versuchte nachmittags erst gar nicht mehr vom Brunnenfest nach Hause zu kommen. „Da war ja doch keine Chance, unbehelligt durch die Absperrungen zu kommen. Da bin ich lieber noch länger auf dem Brunnenfest geblieben und habe dort die gute Stimmung genossen, als mir den Stress mit dem braunen Pack anzutun. Nur verstehe ich gar nicht, wie die Stadt eine solche Demo in unmittelbarer Nähe eines solchen Festes genehmigen kann. Und wer denkt dabei an all die Kosten? Wir, die dagegen sind, müssen es auch mittragen. Aber uns fragt ja keiner!“

An der Polizeiabsperrung an der Kaiserstraße werden alle Passanten kritisch beäugt – auch und gerade wenn sie sich verbal und optisch gegen Rechtsextremismus ausgesprochen haben. Das musste auch eine vierköpfige Anwohnerfamilie erleben, weil der Familienvater ein „Destroy Facism“- Pulli trug. Dadurch hatte er mit Polizei-Schikane zu kämpfen. „Frei ihre Meinung dürfen an einem solchen Tag nur die Neonazi-Demonstranten. Die Anwohner, die das ertragen müssen, werden von der Polizei dann noch in der Ausübung ihrer Meinungsfreiheit behindert.“

Eine Anwohnerin, deren Mutter ebenfalls im Einzugsgebiet der Absperrungen wohnt äußerte: „Meine Mutter beispielsweise, die in der Robert Koch Straße wohnt, konnte ihre Termine wegen der Demo nicht wahrnehmen. Anwohner, die sich dennoch vor die Straße trauten, wurden von der Polizei teils angeraunt.“ Wieder ein anderer Passant bekundete: „Das Demonstrationsrecht ist sehr wichtig - nur ist das, was die Nazis veranstalten, keine Demo mehr, sondern einfach nur Blockade des öffentlichen Lebens.“ Der konstruktive Vorschlag eines Mitbürgers äußerte sich wie folgt: „Verlegt solche Demos demnächst auf die B 1! Bei der Exhibitionisten- und Drogenparade hat's ja auch geklappt, lässt sich auch besser lenken.“

Pflegedienste ebenfalls betroffen

Bei all den Problemen mit den Absperrungen ist es fast verwunderlich, dass die mobilen Pflegedienste zumeist ungehindert und ohne Störungen durch die Absperrungen kamen. Nur in vereinzelten Situationen hat es Behinderungen durch die Polizei und die Absperrungen gegeben, ohne dass jedoch der Patient ernstliche Einbußen dadurch in Kauf nehmen musste.

Auswirkungen auf Handel und Gewerbe:

Beispiel: Audi Zentrum Dortmund

Das Autohaus der Hülpert GmbH am Körner Hellweg hatte wegen des Neonazi-Aufmarschs seinen Fahrzeugpark evakuiert, das Gelände mit einem Bauzaun umstellt und einen Wachschutz organisiert. Mit einem Aushang wurden die Kundinnen und Kunden informiert:

„Verehrte Kundschaft, am Samstag, den 06.09.08 findet eine Demonstration über den Körner Hellweg statt. Um unser Eigentum zu schützen haben wir unsere Fahrzeuge ausgelagert. Daher können wir Ihnen nur ein eingeschränktes Angebot präsentieren. Bitte haben Sie dafür Verständnis. Am Montag ist die Gebrauchtwagenausstellung wieder geöffnet.“

Die Geschäftsleitung“



Für schlechte Stimmung sorgen die Absperrungen auch bei den Geschäftsleuten in der Umgebung rund um die abgesteckte Strecke.

„Ja, ich hatte den Laden bis 13 Uhr geöffnet. Es kann sich ja keiner leisten, in der heutigen Zeit einen Tag einfach zu schließen. Überlegt habe ich aber sehr lange. Und ohne die Zusagen der Polizei, auf uns zu achten, hätte ich wohl auch geschlossen“, äußert die Ladeninhaberin eines kleinen Geschäftes. „Wir haben hier so oft Probleme mit rechts eingestellten Kunden. Und als Frau alleine im Laden hat man Angst, wie diese Leute auf Ablehnung reagieren.“ Auf die Frage, ob die Kunden ausgeblieben seien, geben fast alle Geschäftsleute an, dass das definitiv der Fall gewesen sei.

„Ich als ausländischer Geschäftsmann habe den Laden extra ganz früh geschlossen und habe zugesehen, dass ich nicht mehr in der Nähe der Strecke war“, berichtet ein türkischer Geschäftsmann. „Stellen Sie sich mal vor, die sehen mich mit der dunkeln Hautfarbe, klar als Ausländer erkennbar, hinter der großen Scheibe. Die schlagen sie mir doch ein!“

Der stellvertretende Geschäftsführer einer großen Kette, äußerte nur lapidar, es sei besser, ein paar Einnahmen zu verlieren, als sich und seine Kunden in Gefahr zu bringen. Leider waren die meisten Geschäftsleute erst gar nicht bereit, ihre Meinung zu den Geschehnissen zu äußern, da sie Angst vor Vergeltungsmaßnahmen haben.

Supermarkt Plus:

Die Erfahrung, machtlos ausgeliefert zu sein und Angst um sich und seine Mitarbeiter wie Kunden zu haben, machte die Filialleiterin des Plus-Supermarktes. Während der Demonstration war die Filiale geöffnet. Einige der Demonstranten lösten sich aus dem Zug und gingen in die Filiale. Ein aufmerksamer Beobachter der Geschehnisse des Tages wollte seinen Augen nicht trauen und folgte den klar der rechten Szene zuzuordnenden Demonstranten in die Filiale. „Ich habe die Filialleiterin zur Kassenzone begleitet und ihr empfohlen, die Neonazis des Ladens zu verweisen, da sie ja Hausrecht ausüben könne. Zu diesem Zeitpunkt reihten sich gerade etwa fünf bis sechs Polizeibeamte zwischen Kassenzone und Bäckertheke auf und beobachteten das Geschehen. Trotz anwesender Polizei traute sich die Filialleiterin nicht, die Neonazis des Ladens zu verweisen. Die Neonazis äußerten sich hochofrenet und zelebrierten den Einkauf an der Kasse. Die Polizei schritt erst ein, als einer der rechten Demonstrationsteilnehmer ein Foto von mir machen wollte.“

Der Zeuge schrieb per e-Mail eine Eingabe an den Polizeipräsidenten, wie so etwas hat geschehen können und wie die Polizei dazu stehe.

Demoteilnehmer können die Demo jederzeit verlassen

Der Polizeipräsident äußert sich in seiner Antwort wie folgt:

„(...) Während einer Zwischenkundgebung im Bereich der Klönnestraße/Kaiserstraße verließen ca. 15 Teilnehmer allein und in Kleinstgruppen die Versammlung, um in dem nahe gelegenen Plus-Markt Lebensmittel einzukaufen. Hierbei waren die Personen entsprechend der strengen Auflagen der Polizei, d.h. z.B. keine Kleidung mit Aufschriften bzw. Abkürzungen aus der rechts-extremistischen Szene, gekleidet.

Das Versammlungsgesetz verpflichtet keinen Teilnehmer während der gesamten Versammlung dieser beiwohnen zu müssen. Das Verlassen führt lediglich dazu, dass die Person den Status eines Versammlungsteilnehmers und die sich daraus ergebenden Rechte verliert.“

„Nachdem festgestellt wurde, dass das Lebensmittelgeschäft aufgesucht werden sollte, begaben sich Polizeibeamte ebenfalls an die Örtlichkeit. Dort wurde Rücksprache mit der Filialleiterin gehalten. Da diese entgegen Ihrer Darstellung deutlich machte, dass bei einem unauffälligen Verhalten der Ausspruch eines Hausverbotes nicht beabsichtigt sei, waren beschränkende polizeiliche Maßnahmen nicht möglich. Die von Ihnen geschilderten Reaktionen im Kassensbereich konnten durch die eingesetzten Beamten nicht festgestellt werden, hätte jedoch ein polizeiliches Einschreiten auch nicht gerechtfertigt(...)“

Unterschiedliche Auslegung bei Linken

Wie unterschiedlich die Polizei das Versammlungsgesetz handhabt, zeigte die Demo des „Bündnis 28.3.“. Da sich der Demobeginn um mehr als eine Stunde verzögert hatte, wollte eine Gruppe von Falken den Versammlungsort schon vor Beginn verlassen. Dies ließen die Polizeibeamten nicht zu. Selbst als Michael Hermes deutlich machte, dass er als Ordner für die Kundgebung am Platz der Alten Synagoge vorgesehen sei und daher jetzt gehen müsse, ließen die Beamten nicht gelten. Er musste sich dem Demozug anschließen, obwohl er es nicht mehr wollte.

Gegendemonstranten wurden von Neonazis fotografiert und gefilmt

Die Stellungnahme des Polizeipräsidenten bezüglich des Fotografierens fiel erstaunlicher Weise wie folgt aus:

„Ihre Schilderung, eine Person des rechtsextremistischen Spektrums hätte Sie fotografiert, wird durch die eingesetzten Beamten nicht bestätigt. Es wurde mir jedoch mitgeteilt, dass eine Person des links- extremistischen Spektrums, nachdem ihr das Aufsuchen des Aufzuges nicht erlaubt wurde, u.a. Einsatzkräfte der Polizei mit seinem Handy filmte. Dieses wurde untersagt. Ich gehe davon aus, dass Sie diesen Vorfall beobachtet haben und Sie von der Annahme ausgehen, dass ein Foto von Ihnen gefertigt worden sei. (...)“

Entgegen dieser Aussage bestätigen Beweisfotos, dass rechte Demonstrationsteilnehmer nicht nur Anwohner mit ihren Fotoapparaten und Videokameras fotografierten und filmten, sondern sogar deren Namenschilder auf an den Haustüren abfotografierten. Darauf nimmt der Polizeipräsident jedoch keinen Bezug. Vor Ort wurden seine Einsatzkräfte darauf angesprochen. Gleiches gilt für die Polizei-Pressesprecher, die auf das Problem von Journalisten aufmerksam gemacht wurden. Das Phänomen ist auch nicht neu – seit zwei Jahren ist dieses Vorgehen gängige Praxis. Nach Demonstrationen finden sich auf Neonazi-Seiten dann so genannte „Fahnungs-Aufrufe“, um Namen, Adressen und persönliche Daten von Gegendemonstranten zu bekommen. Dies hat sich wohl auch zum Polizeipräsidenten herumgesprochen: Mittlerweile bestätigt er das Fotografieren und Filmen durch Neonazis. Die Polizeiführung wird überlegen, wie sie künftig darauf reagieren wird.

Behinderung der Religionsausübung

Auch die ansässigen Kirchengemeinden hatten unter der Demonstration zu leiden. Am Tag der Demonstration fanden im Dunstkreis der Demo drei kirchliche Trauungen statt. Eine am Mittag in der Melanchton-Kirchengemeinde.



Bei dieser Feier gab es nach Aussagen von Pfarrer Neumann keine Probleme. Durch die Absprachen mit der Polizei und einer gewissenhaften Organisation gab es keine Probleme. Sowohl Brautpaar als auch Hochzeitsgäste konnten ohne Probleme zur Kirche an und abreisen. Zudem habe sich das Brautpaar sehr über den Sekt der Polizei gefreut, den diese springen ließ, um sich für die Unannehmlichkeiten zu entschuldigen, ließ Neumann wissen.



Pfarrer Hartmut Neumann vermutete im Gespräch, dass es wohl auch deshalb zu keinen Problem bei seiner Trauung gab, da sie mit 13.00 Uhr weit vor der „Hoch-Zeit“ des Neonaziaufmarsches lag.

Etwas anders sah das wohl schon bei den beiden Hochzeiten am Nachmittag in der Franziskuskirche aus. Laut Bruder Dietmar sei wie am Mittag bei der ersten Trauung alles normal verlaufen. Es habe keine Probleme mit dem Durchkommen zur Kirche gege-

ben und dank der guten Organisation zwischen ihm, der Polizei und den Brautpaaren sei alles ohne Zwischenfälle verlaufen.

Tatsächlich war es aber so, dass nicht wenige Gäste der Hochzeiten keinen Passierschein für die Demonstration erhalten hatten und somit kein Durchkommen mit dem eigenen Wagen durch die Absperrungen möglich war. Diese Gäste mussten in Anzug und Abendkleid durch die Menge aus Neonazis und Polizei staksen – teilweise mussten sie bis zu zwei Kilometer laufen. Eine Stellungnahme von diesen Betroffenen war nicht zu bekommen – die Polizei ließ die Demo-Beobachter nicht durch die Absperrungen. Daher waren Interviews mit den betroffenen Hochzeitsgästen nicht möglich.

Indes ist die ganze Situation grotesk: Die Gotteshäuser erreichen konnte mit dem Auto nur, wer von der Polizei eine entsprechende Genehmigung hatte: „Glauben mit Passierschein“ hat mit der Freiheit der Religionsausübung wenig zu tun.

Brunnenfest litt unter Demo und Sperrkonzept

Am gleichen Tag fand das Brunnenfest statt. Es gab zwar keine Zwischenfälle. Allerdings hatten Teilnehmer und Besucher des Festes Probleme, das Fest zu erreichen. Beispielsweise musste eine Kinder-Flötenklasse wegen Krankheit und vor allem wegen Nicht-Durchkommen durch die Absperrungen der Polizei beim Fest in halber Besetzung auftreten. Es ist zu vermuten, dass es auch anderen Festbesuchern so erging, diese aber gar nicht auffallen, da sie ja nicht da waren.

„Keine Chance, unbehelligt durch die Absperrungen zu kommen“

Eine andere Mitbürgerin versuchte nachmittags erst gar nicht mehr vom Brunnenfest nach Hause zu kommen. „Da war ja doch keine Chance, unbehelligt durch die Absperrungen zu kommen. Da bin ich lieber noch länger auf dem Brunnenfest geblieben und habe dort die gute Stimmung genossen, als mir den Stress mit dem braunen Pack anzutun. Nur verstehe ich gar nicht, wie die Stadt eine solche Demo in unmittelbarer Nähe eines solchen Festes genehmigen kann. Und wer denkt dabei an all die Kosten? Wir, die dagegen sind, müssen es auch mittragen. Aber uns fragt ja keiner!“

Ein Bewohner des näheren Umfeldes der Demonstrationstrecke erzählt in einem Brief an die Lokalpresse, dass er versuchte mit seinem Wagen nach Hause zu kommen. Aber er wurde immer wieder von der Polizei weiter weg von seinem Zuhause gelotst. Auch der eindringliche Hinweis, er wohne da, half nicht. Der Polizist fragte auch gar nicht nach Ausweispapieren, die ihn als Anwohner gekennzeichnet hätten.

Einen Motorradpolizisten, der neben seiner Maschine stand und den Verkehr beobachtete, fragte der Betroffene an einer roten Ampel aus etwa zwei Metern Entfernung, wie er denn fahren könne, um sein Zuhause zu erreichen. Dieser machte jedoch nur breit grinsend eine Geste, dass er nicht hören könne, was er gefragt werde. Eine Antwort blieb der Polizeibeamter schuldig. Auch hier rächte sich wieder, dass die Polizeiführung nicht darauf achtet, an neuralgischen Punkten auch einige ortskundige Beamte einzusetzen.

Egal, wen der Bürger fragte, die Beamten schickten ihn immer weiter weg von seinem Zuhause. Erst nach einer stundenlangen Odyssee konnte der genervte Anwohner seinen Wagen in der Garage parken und die Haustür hinter sich schließen, um die Demonstration aus seiner Privatsphäre zu verbannen.

Ungleiche Behandlung zwischen Linken und Rechten

Wie ungleich die für Ordnung sorgenden Stellen mit den linken und rechten Demonstranten umgeht, zeigt die Erfahrung einer Mutter eines 14-jährigen Sohnes. Aufgrund ihrer Einstellung war es ihr wichtig, ihren Sohn zu der Gegendemonstration zu begleiten, und machte folgende Erfahrung:

„So machte ich am Samstag also unmittelbar Erfahrung im Umgang der Polizei mit linken Demonstranten. Hätte ich den Eindruck gehabt, diese Demonstration wäre unterstützt worden, wäre es nicht dazu gekommen, mich unter die Faschisten zu mischen und ich wäre tatsächlich bei der „gutbürgerlichen“ Demonstration auf dem Platz der Alten Synagoge angekommen. Da ich das Vorgehen der Polizei dieses Demonstrationzuges gegenüber als durchaus provozierend und aggressionsverstärkend empfunden habe, wollte ich mir ein Bild machen von dem Umgang mit rechten Demonstranten.



Außerdem wollte ich sehen, wer für diese Rechte Ideologie steht, wie die Faschisten argumentieren (sie nennen sich neuerdings „Nationale Sozialisten“ und proklamieren, dass der Kapitalismus verantwortlich für alle Kriege ist etc. also nah an der Linken Ideologie) und wie der „Neue Neonazi“ aussieht. Zunächst ließ man mich an mindestens vier Polizeiabsperungen nicht durch. Argument: Deeskalation. Man wollte nicht, - da ich optisch nicht zu der potenziellen Klientel dieser Kundgebung gezählt wurde-, dass ich diese Veranstaltung störe/ irritiere o.ä. Nur nachdem ich auf mein Recht, an einer „öffentlichen“ Kundgebung teilnehmen zu dürfen, bestand und sagte, man müsse mich andernfalls festnehmen, wenn es hierfür eine gesetzliche Grundlage gebe, verwies man mich an den Zugang, an dem alle (Neonazi-)Teilnehmer dieser Kundgebung zunächst kontrolliert und eingelassen werden wurden.

Dort wurde ich ohne jegliche Kontrolle eingelassen. Ich verbrachte ca. eineinhalb Stunden am Versammlungsort Südbad, inmitten der ca. 1.100 komplett schwarz gekleideten, zumeist Jugendlichen offensichtlich (durch Slogans und verbale Äußerungen erkennbarer) radikaler faschistischer Meinung.

Von Seiten der Polizei herrschte Gelassenheit vor. Keine Machtdemonstration, keine Gängelei, wie zuvor bei der linken Demo, war zu erkennen. Auf der Rednerbühne durfte ein 84-jähriger Mann über seine SS-Vergangenheit berichten und seine jungen Freunde in ihrem nationalen Kampf gegen den Kapitalismus bestärken. Ein dritter und letzter Redner, von ca. 35- 45 Jahren, schloss seinen Vortrag mit dem unbeendeten Gruß „HEIL“. Applaus von der Menge.

Vermummung: Verstöße gegen Auflagen wurden nicht geahndet

Die Auflagen (keine Vermummung, Einhalten des festgelegten Abstandes von Transparenten), die für die Linke Demo galten und über Megaphon von der Polizei eingefordert wurden unter Ankündigung, dass ansonsten diese Demonstration nicht stattfinden wird, und dazu führten,

dass die Linken eine Stunde nicht losgehen durften, konnte ich bei der Rechten Demonstration nicht wahrnehmen. Zu keiner Zeit forderte die Polizei für alle hörbar dies von den Rechten ein, obwohl es aus meiner Sicht dort zu den gleichen „Verstößen“ der Demonstrationsauflagen kam. Vielmehr zogen sich die Rechten tatsächlich eng aneinandergedrängt mit meterlangen Transparenten zusammen, waren zum Teil mit Kapuze und Sonnenbrille „vermummt“. Als sich der Zug in Bewegung setzte, verließ ich diesen „Ort des Grauens“, da ich mich weder in Gefahr begeben noch einen Meter mit dieser Masse bewegen wollte. Eine couragierte, aber sich durchaus der Gefahr bewussten Fotografin verließ ebenfalls diese „öffentliche Kundgebung“ aus Sorge, es könnte ihr noch etwas zustoßen, würde sie den Demonstrationzug fotografieren, wie sie mir sagte, sichtlich unsicher, ob ich nicht doch eine „Rechte“ bin.



„Ich machte mir große Sorgen um meinen Sohn“

Jetzt machte ich mir große Sorgen um meinen Sohn, nachdem ich in diese Gesichter geblickt hatte und hören konnte, wie sie sich den weiteren Verlauf der Demo („wann und wo bilden wir endlich den schwarzen Block“) vorstellten. Wie ich zwischenzeitlich erfuhr, wurde er von seinem Freund getrennt, nachdem sie von der Polizei verfolgt worden waren, weil sie rannten.

Ich ging durch eine Polizeiabsperrung, die mich zuvor nicht zur Kundgebung vorgelassen hatte. Dort fragte ich nach, ob sie meinen Sohn vielleicht festgehalten haben. Leider konnte man mir dies nicht beantworten, obwohl die Beamten vor Ort versuchten, dies bei den Kollegen in Erfahrung zu bringen. Jetzt war auch ein inhaltliches Gespräch mit den Beamten möglich, sie konnten sich auf meine Sorgen einlassen und erkennen, dass ich keine „Linke Krawallmacherin“ war.



Nach wie vor in Sorge um meinen Sohn machte ich mich auf zum nächsten Kundgebungsort, wo mich das gleiche Bild wie schon zuvor erwartete. Die Faschisten waren gegen jegliche „Störung“ meterweit abgeschirmt, die Linken (im übrigen die ganze Zeit friedlich) wurden wieder abgeriegelt. Einzelne wurden bei dem Versuch, auf eine Toilette zu gehen, von einigen Polizisten hart angefasst und weggeschubst, ich stand direkt daneben. Danach erst wurde ihnen gesagt, dass sie nicht mehr durchgehen dürfen. Darauf habe ich die Beamten ziemlich angeschrien, mittlerweile selber sehr wütend, weil ich dieses Verhalten erneut als provokant und völlig überzogen und unangemessen empfunden habe.

Meinen Sohn konnte ich unter den Jugendlichen nicht entdecken. Zum Glück rief er mich etwas später an, er war tatsächlich festgesetzt worden, weil die Gruppe, in der er war, gelaufen war. Er wurde daraufhin zwei Stunden festgehalten und bekam einen Platzverweis bis 24 Uhr. Er sagte, die Polizeibeamten seien nett gewesen und hätten Späße gemacht. Diesen Polizisten kann ich nur danken, denn diese Beamten tragen so tatsächlich zur Deeskalation bei und ich war dankbar, dass mein Sohn nicht auf die Neonazis getroffen ist. So waren wir auf dem Weg nach Hause, noch bevor die „Öffentliche Kundgebung zum Anti-Kriegstag“ um 19.00 Uhr in Körne zum Ende kam.

Letztendlich bin ich noch immer entsetzt, dass wir Faschisten vor rechtstaatlicher Gegenwehr schützen, selbst wenn das Argument der Schutz der demokratischen Bevölkerung ist. Dass sie mit massivem Polizeischutz sieben Stunden durch unsere Stadt geleitet werden. Dass normalen Bürgern das Recht verweigert wird (wie den Rentnern, die durch Mahnwachen an den „Stolpersteinen“ und dem jüdischen Friedhof), öffentlich Stellung zu beziehen und unsere Jugend, wengleich auch mit nicht immer akzeptablen Mitteln (ca.800 Jugendliche von insgesamt 1.600 Antifaschistischen Demonstranten am Samstag) für uns Erwachsene Stellung beziehen müssen, weil die rechtlich angemeldeten Gegendemonstrationen, wie z.B. die der Rentner, verboten werden.

Forderung: Demos aus Wohngebieten raushalten



Ich habe Hochachtung vor den einzelnen Beamten/Polizisten, die uns und unsere Kinder an diesem Samstag vor der Rechten Gewalt geschützt haben. Wenn der Polizeichef Gewalt vermeiden will, dann darf er diese Demonstration nicht inmitten einer Innenstadt und durch Wohngebiet, vorbei an Gedenkstätten des Holocaust erlauben, dann dürfen die Polizisten nicht Linke provozieren und Rechte schützen, wenn diese demonstrieren. Zumal man in

Dortmund den Eindruck gewinnen kann, dass diese Rechten langsam einen Freibrief haben, wenn man die Entwicklung der letzten Jahre sieht.

Wir, die Erwachsenen, haben der faschistischen Ideologie, wo immer sie sich breit macht, Gegenwehr und Aufklärung entgegenzusetzen. Kein brauner Stiefel darf über Holocaust-Gedenkstätten trampeln! Und schon gar nicht mit Polizeischutz, dem exekutiven Organ unserer demokratisch-rechtstaatlichen Gesellschaft!“

Resümee der Bürgersorgen

Fast jede befragte Person stellte die Demonstration in Frage. Keiner sieht die Notwendigkeit, eine Demonstration zu genehmigen, wenn dadurch das öffentliche Leben lahm gelegt wird. Geschweige denn die Freiheit, sich in seinem Wohngebiet oder dem der Freunde frei zu bewegen. Unverständnis über die Kosten, die so was mit sich bringt, äußerten alle befragten Anwohner und Geschäftsleute. Viele fragen sich, ob die Demonstrationsanmelder die Kosten für die Hundertschaften der Polizei und bei Ausschreitungen für Aufräumarbeiten zahlen. Keiner möchte die Neonaziaufmärsche in Dortmund haben. Keiner hat Verständnis. Jedoch sind viele zu eingeschüchtert, aus Angst, die Neonazis kommen wieder, wenn die Polizei nicht da ist, um etwas zu sagen. Die Gewerbetreibenden, die ihre Geschäfte wegen der Demonstration geschlossen hatten, fragen ganz zu recht, wer ihnen den Verdienstaufschlag ausgleicht.

Zweifel an Rechtmäßigkeit der Absperrungen

Im Großen und Ganzen haben besonders die Geschäftsleute und die Kirchengemeinden ein großes Lob für die Zusammenarbeit mit der Polizei ausgesprochen. Hier haben die Freunde im noch grünen Gewand ganze Arbeit geleistet und den Geschäftsleuten durch intensive Beratung im Vorfeld ein Gefühl von Beschütztsein gegeben. Auch wenn es am Tag der Demonstration selber nicht ausreichte, die Ängste zu vergessen und wie gewöhnlich den Laden zu öffnen. Massive Zweifel hegen die Betroffenen jedoch, ob man das ganze Spiel so hinzunehmen hat. Es herrscht die Meinung vor, dass man zwar während einer Demo Einschränkungen hinnehmen müsse, nicht aber schon Stunden bevor der Demozug die einzelnen Orte erreicht. Sie kritisierten die Polizeitaktik und stellten in Frage, ob dies noch mit dem Demonstrationsrecht zu begründen sei.

Die Bilanz:

- das öffentliche Leben wurde lahm gelegt
- die Freiheits- und Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger wurden massiv beschränkt
- Zivilcourage wurde nicht gefördert, sondern DemokratInnen eingeschüchtert
- der Aufmarsch sorgte für einen immensen Aufwand und Kosten
- die Geschäftsleute bleiben einmal mehr auf ihrem Verdienstausschlag sitzen

Ist diese Polizeitaktik noch zu rechtfertigen?!



Politische Aktivitäten vor Ort

Im Vorfeld der Demonstration hat die Bezirksvertretung Innenstadt-Ost zwei Resolutionen verabschiedet.

Resolution 1 der BV In-Ost für die Sitzung am 2.9.08

Ungehinderter Zugang zu allen Gedenkstätten für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft

Die BV In-Ost fordert die Verwaltung und den Polizeipräsidenten auf, den ungehinderten Zugang zu allen Gedenkstätten und Friedhöfen insbesondere am Tag der angekündigten Demonstration von Rechtsradikalen - dem 6.9.08 - zu gewährleisten.

Begründung:

Nach den bisher der BV In-Ost vorliegenden Erkenntnissen wird die derzeitige Streckenführung der Demonstration am 6.9.08 insbesondere den ungehinderten Zugang zu den Stolpersteinen auf der Märkischen Straße als Gedenkstätte für nationalsozialistische Gewaltopfer jüdischen Glaubens und den ungehinderten Zugang zum jüdischen Friedhof auf dem Ostfriedhof erheblich einschränken bzw. für einige Stunden verhindern. Der Ostfriedhof hat ebenfalls den Charakter einer zu schützenden Gedenkstätte, insbesondere mit den Grabsteinen des weltberühmten jüdischen Künstlers Benno Elkan.

Die BV In-Ost erwartet von der Polizei nicht nur die Sicherstellung des ungehinderten Zugangs zu diesen Gedenkstätten, sondern auch die ungehinderte Durchführung von kleineren Versammlungen und Mahnwachen an diesen Gedenkstätten. Sollte dies seitens der Polizei nicht garantiert werden können, erwartet die BV In-Ost eine hierfür erforderliche Veränderung oder Verkürzung der Demonstrationsroute.

Resolution 2 der BV-In-Ost für die Sitzung am 2.9.08

Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens, der Sicherheit und des öffentlichen Personennahverkehrs im Stadtbezirk Innenstadt-Ost am 6.9.08

Die BV In-Ost fordert die Verwaltung und den Polizeipräsidenten auf, alle Maßnahmen und Vorkehrungen zu treffen, die während der für den 6.9.08 geplanten Demonstration von Rechtsradikalen im Stadtbezirk Innenstadt-Ost nötig sind zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens und insbesondere zur uneingeschränkten Durchführung der Jubiläumsfeier der Hauptschule Am Ostpark und des Brunnenfestes auf dem Berswordtplatz.

Begründung:

Die Ereignisse und Geschehnisse während der letztjährigen Demonstration am 1. Mai geben Anlass zur Sorge, dass auch in diesem Jahr die Anwohnerinnen und Anwohner in weiten Teilen des Stadtbezirks Innenstadt-Ost durch eine erneute Demonstration von Rechtsradikalen und Aktionen von möglicherweise in Teilen auch gewaltbereiten Gegendemonstranten erheblich in ihren persönlichen Grundrechten eingeschränkt werden. Zum Schutz aller Anrainer erwartet die BV In-Ost von der Polizei die penible Kontrolle der Versammlungsaufgaben genauso wie die Unterbindung jeglicher Straftaten. Eine Gewalteskalation wie im letzten Jahr im Bereich des Kaiserstraßenviertels und besonders im Bereich des ehemaligen Südbahnhofgeländes ist von den Sicherheitskräften zu verhindern.

Bezirksvertretung übt massive Kritik an Polizeistrategie

Massive Kritik an der Polizeistrategie zum Neonazi-Aufmarsch am 6. September gab es von der Bezirksvertretung Innenstadt-Ost.



Die Polizei sei auf dem rechten Auge blind, habe massive Einschränkungen von Bürgern zu verantworten und schränke die Wünsche der Neonazis nicht ausreichend ein. „Die Anwohner sind stinksauer“, machte Bezirksbürgermeister Udo Dammer (Foto links) deutlich. „40 000 Bürger wurden über Stunden massiv eingeschränkt.“ Der stellvertretende Polizeipräsident Ingolf Möhring „Es ist ja leider zu einer schlechten Tradition geworden, dass die Stadt Dortmund mit einer solchen rechten Demonstrationen überzogen wird“, betonte der stellvertretende Polizeipräsident Ingolf Möhring. Doch er verteidigte die Strategie: Die Polizei habe mit einem massiven Aufgebot die Gruppen trennen müssen, um eine Eskalation zu vermeiden.

Die rechte Demo sei ja nicht zu verbieten gewesen. Die Rechtslage sei eindeutig – vier Mal habe der Polizeipräsident vergeblich versucht, die Demonstrationen verbieten zu lassen. „Wir sind leider gescheitert. Das führt dazu, dass in der rechten Szene immer wieder ‚Helden‘ gibt, die es schaffen, das Verbot zu kippen. Dazu gehört ja nicht viel.“

Polizeichef: „Die Rechten sind keine lieben netten Jungs“

Sehr wohl zu verbieten gewesen seien aber die Proteste der „Aktion 65 plus“, die im Vorfeld angekündigt hätten, den genehmigten Neonazi-Aufmarsch behindern zu wollen. Dies sei polizeilich nicht beherrschbar gewesen. „Man darf nicht glauben, dass die Rechten liebe nette Jungs sind, die warten, bis die Polizei ihnen den Weg frei macht“, so Möhring (Foto rechts). „Ich würde sie ja gerne auf eine Industriebrache schicken – schon aus Eigennutz.“



Dennoch bekam Möhring massive Kritik zu hören. „Es ist eine Sauerei, dass Polizisten die Rechten vor uns schützt. 40.000 Menschen sind ganz massiv eingeschränkt worden“, so Dammer. „Dafür reichte schon das falsche T-Shirt – und das im nächsten Wohnumfeld.“ Im Stadtbezirk gebe es eine unglaubliche Wut: „Die Leute sind sauer und verstimmt – auch auf die Polizei. Wir finden das alles andere als lustig.“ Die Verkäuferinnen seien nicht nach Hause, Pflegedienste nicht zu den Patienten, Gäste nicht zu den Festen gekommen, bilanzierte der Bezirksbürgermeister. „Wegen 1150 Neonazis mussten 40.000 Bürger leiden. Das lassen wir uns nicht mehr bieten – es haben sich verschiedene Gruppen gegründet“, berichtet Dammer.

„Wir sind am 06.09.2008 und am 01.05.2007 in unseren Grundrechten eingeschränkt worden – auch beim Protest“, kritisierte Anja Faber. „Gibt es künftig Änderungen im Ablauf und den Strukturen? Ich glaube nicht, dass es das letzte Mal gewesen ist.“ Eine Änderung des Konzepts werde es nicht geben, betonte Möhring. „Ich verstehe die Gefühle und kann das nachvollziehen. Aber wir haben die entsprechenden Erfahrungen gemacht – am 1. Mai 2007 in Dortmund am 1. Mai 2008 in Hamburg. Wir haben eine zunehmende Tendenz zur Gewalt. Daher gibt es eine strikte räumliche Trennung. Und daher sind auch Sperrstellen mit Kontrollen nötig“, so der Polizei-Vize. Dadurch fühlten sich Bürger eingesperrt. Allerdings könne man den Leuten nur vor

den Kopf schauen. Die Beamten müssten trotzdem eine Entscheidung treffen – und die kann auch mal falsch sein.“ Zudem habe man Polizeikräfte aus allen Bundesländern im Einsatz gehabt, die natürlich nicht ortskundig seien. „wir versuchen, zu sensibilisieren. Aber es kann passieren, dass Menschen sich eingeschränkt fühlen.“

Allerdings seien das Grundrecht der Versammlungsfreiheit und das Demonstrationsrecht hohe Güter, die zu Einschränkungen auf der anderen Seite führe. Das gelte auch für Gewerbetreibende, die Verdienstauffälle hätten, so Möhring.

Kritik an der Polizeihaltung „Problem liegt links“

Vor allem Grüne und Sozialdemokraten kritisierten das gefestigte Bild vieler Polizisten, die vor Ort die Gegendemonstranten als Chaoten und „die Bösen“ bezeichnet hätten. Das hätte auch die Zahl der Ingewahrsamnahmen verdeutlicht: Diese betrafen vor allem Antifaschisten, wobei der Großteil der Straftaten von Neonazis begangen wurden. Es gibt mittlerweile 206 Ermittlungsverfahren - 172 davon gegen Neonazis. Zwar seien die meisten Beamten super nett gewesen. Allerdings sehen sie das Problem der Polizei noch immer auf der Seite der Gegendemonstranten. „Es gibt ein fest gefügtes Feindbild dieser Art“, kritisierte Berthold Walter-Tschirpke. „Es entsteht der massive Eindruck, dass 2008 noch immer eine Unschärfe auf einem Auge gibt.“ Die Polizeiführung sei schwerfällig und behäbig. „Zum Glück gibt es auch andere Handlungsstränge – zum Beispiel in Köln. Man kann sich nur wünschen, dass die Führungsspitze darauf achtet, ob bei Einsatzkräften noch Sichtweisen von Feindbildern geduldet werden, die den letzten 30 Jahren nicht entsprechen.“

Rechte verüben Straftaten – Linke kommen in Gewahrsam

Eine massive Diskrepanz zwischen Straftaten und den Ingewahrsamnahmen - über 60 Linke im Polizeigewahrsam, aber nur sechs Rechte – kritisierte Christiane Gruyters. Trotz Straftaten seien Neonazis nicht festgenommen worden. Antifas hingegen seien ohne vernünftige Begründung über Stunden festgesetzt worden – teilweise wurden die Begründungen (z.B. Platzverweise), erst im PG gegeben. „Das ist so nicht hinnehmbar“, kritisierte die Grüne. „Rechte Straftäter können einfach gehen und Linke werden wahllos in Gewahrsam genommen. Das ist haarsträubend.“



Das gelte auch für die Einschränkungen der Journalisten. „Aber aus der rechten Demo heraus wird gefilmt, fotografiert und bedroht. Das ist so nicht akzeptabel.“

„Wir haben volles Vertrauen, dass die Polizei nach Recht und Gesetz handelt. Wir dürfen nicht pauschal verurteilen, dass Polizisten auf dem rechten Auge blind sind“, betont Roswitha Decking-Hartleif. „Aber

das massive Polizeiaufgebot sorgte für Beklemmung – aber wegen des massiven Auftretens der Rechten in der schwarzen Kluft.“

Kritik: Aufmarsch dauerte viel zu lang

Kritik an der stundenlang andauernden Demonstration übt Horst Wesnigk. „Die Demoteilnehmer gehen dann einfach einkaufen, pöbeln und pinkeln – und die Polizei ist nicht eingeschritten. Man sollte WC-Wagen einfordern.“ Doch dies sei bei einer Demo nicht einzufordern, machte Möhring deutlich. Bei dem „Volksfest“ an der Pothecke war dies auch als Auflage gemacht worden. Wenig Fingerspitzengefühl kritisierte Udo Dammer in diesem Zusammenhang: Die Polizei hätte die Neonazis aus dem „Plus“-Markt verweisen müssen. „Die Demo-Teilnehmer gingen mit der Polizei auf die Personal-Toilette. Das Personal und der Marktleiter hatten Schiss. Es herrschte pure Angst.“ Aber die Polizei habe nicht gehandelt, sondern nur einen Hinweis auf das Hausrecht gemacht – nicht aber deutlich gemacht, dass sie bei der Umsetzung helfen würde.

Heinz-Dieter Dudde kritisierte das Verkehrskonzept: Natürlich sei die Strecke im Nachgang schnell freigegeben worden. Aber schon Stunden vor der Demo hätten Anlieger, Hochzeitsgäste und Pflegedienste massive Probleme gehabt. „Ich habe ich Zweifel am Fingerspitzengefühl. Freie Zugänge gab es nicht“, so Dudde. Einschränkungen seien ja normal. „Das Versammlungsrecht ist mir lieb und teuer. Aber Aussagen wie ‚Es kann noch eine Stunde dauern‘, sind nicht nachvollziehbar“, betonte der BV-Vertreter mit Blick auf die sehr frühzeitige Abriegelung. Das Einsatzverhalten der Polizei sei fragwürdig – „Bei all den Gewalttätigkeiten habe ich die Auflösung der Demonstration erwartet, wenn Sicherheit und Ordnung nicht mehr gewährleistet ist.“

Gewalttätigkeiten - Polizeichef: „Polizei muss das aushalten“

Möhring verteidigte das Konzept erneut: Die frühzeitige Abriegelung sei notwendig gewesen, um ein Einsickern zu verhindern. Außerdem erinnerte der Polizei-Vize an die linken Demos der 70/80-er Jahre. „Es gibt da eine Gleichbehandlung. Damals ging es auch richtig zur Sache – und das musste die Polizei auch aushalten.“

Carsten Wember kritisierte, dass die östliche Innenstadt mit dem Südbad ganz besonders heimgesucht werde – als Sammelpunkt und Aufmarschplatz. Dies störe die Anwohner schon lange. Allerdings suche sich die Örtlichkeiten der Anmelder aus. Allerdings – so machte der stellvertretende Polizeipräsident deutlich – komme es immer darauf an, wo schon andere Anmeldungen vorlägen. Er bemühte als Bild von „Hase und Igel“ – „wenn die Plätze schon belegt sind, muss der Hase woanders hinlaufen“. Daher müsse es ein stadtweites Netzwerk geben, betonte Bezirksbürgermeister Udo Dammer. Die Plätze müssten von der Bürgerschaft belegt werden, um den Neonazis keinen Platz zu geben.

Das unterstrich auch Möhring: „Rechtsextremismus lässt sich nicht mit den Mitteln des Versammlungsrechtes in den Griff kriegen. Wir brauchen eine politische Auseinandersetzung.“

Generelle Bewertung des 6. September auf Stadtebene

Im Nachgang der Demonstrationen hat es auf Einladung der Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie mehrere Auswertungsrunden gegeben, an der zahlreiche Vertreter von Verbänden, Vereinen und Institutionen teilgenommen haben.

Zu den Festen/Veranstaltungen in der Innenstadt Ost:

- Die Verunsicherung der Bevölkerung ist durch den Flyer der Polizei in Angst umgeschlagen. Die Geschäftsleute fragen sich, ob der 1. Samstag im September weiterhin der Termin für das Fest sein kann.
- Sowohl die Bevölkerung als auch der Einzelhandel habe „die Schnauze voll“ und wollen nicht weiterhin diese starken Beeinträchtigungen.
- Ein übergroßes Sicherheitsdenken der Polizei darf nicht zu massiven Beeinträchtigungen führen.

Zu den Aktionen im Umfeld:

- Es wurde auf die Plakat-Aktion der Jugendverbände auf der Strecke des Naziaufmarsches hingewiesen.
- Aktion 65 plus: Ein ausdrücklicher Dank wurde an den Bezirksbürgermeister und die Bezirksvertretung Innenstadt Ost für ihren Stolpersteinbeschluss ausgesprochen. Die Aktion 65Plus wurde von allen Seiten positiv bewertet.
- Es wurde darauf hingewiesen, dass ein Mitarbeiter der Stadtarchivs, Dieter Knippschild, ein Protokoll des 65plus-Marsches verfasst hat und darin ausdrücklich darauf hinweist, dass die Spontandemo von der Polizei genehmigt wurde.
- Grundsätzlich müsste geklärt werden, was für uns (nicht für die Juristen) Gedenkstätten sind, an denen die Nazis nicht vorbeilaufen sollten.
- Die Gegenveranstaltung der Grünen zur Kundgebung der Nazis am Vorabend wurde von der Polizei geduldet.

Zum Neonazi-Aufmarsch:

- Die Nazi-Demos rufen Beklemmungen in der Bevölkerung hervor.
- Die Teilnahme der Autonomen wird als Problem benannt.
- Die „schweigende Mehrheit“ der Leute ist sauer auf die Politik und die Polizei, die jedes Jahr wieder die Nazi-Aufmärsche erlaubt.
- Es ist aber allen Beteiligten erneut nicht gelungen, die Nazis zu stoppen bzw. deren Aufmarsch in Dortmund zu verhindern.
- Die Länge der Nazi-Strecke (6 km) wurde als unverhältnismäßig zu lang bezeichnet, obwohl sie in Kooperationsgesprächen mit der Polizei schon reduziert worden war.
- Die hohe Aggressivität der Neonazis und ihres schwarzen Blocks wurde angesprochen. Die Polizei war damit beschäftigt, diese zu bändigen.

- Einige Reden der Nazis sind aufgenommen. Genereller Eindruck war, dass die Redebeiträge im diesem Jahr „weichgespült“ waren.

Zur Polizei:

- Es stellt sich die grundsätzliche Frage, wie viel Demokratie die Polizei zulässt
- Und wie die unterschiedlichen Grundrechte von der Polizei abgewogen werden
- Polizei spricht immer vom Sicherheitsrisiko für Presse und Bürger, aber dennoch reicht die Gefährdung angeblich nicht zum Verbot bzw. zur Reduzierung aus. Die Gefährdungen, mit denen Einschränkungen der BürgerInnen begründet werden, werden nicht verdeutlicht.
- Gestiegene Aggressivität der Neonazis bleibt (fast) ohne Konsequenzen
- Die Polizeiführung belügt sich und andere. Um nicht hart durchgreifen zu müssen, werden Vorkommnisse klein geredet. Bei anderen Demonstrationen wäre sofort entschieden und hart zugegriffen worden. Hier wollte man – so die Beamten vor Ort – eine Eskalation vermeiden, da man es sonst mit potenziell 1100 Gewalttätern zu tun habe.
- Die Streckenführung war schlecht, weil die Polizei sich nicht über Veranstaltungen informiert hat und den Interessen der Bürger und der BV gleichgültig gegenüber steht.
- Neonazis können sich außerhalb der Demonstration frei bewegen, Passanten anpöbeln und einkaufen gehen, während Passanten dies nicht können und dürfen. Zum Vergleich: Falken durften die Demo des 28.3. vor dem Abmarsch nicht verlassen, obwohl sie direkt zum Platz der alten Synagoge wollten. Hier wurde eine Chance vertan: Hätte man die Neonazis am Verlassen gehindert (Einkaufen, WC) etc, hätte man im nächsten Kooperationsgespräch darauf hinweisen können, dass man künftig ja statt sieben auch mal nur zwei Stunden demonstrieren könne – dann würde es jeder Faschist schaffen, dass Wasser zu halten. Christian Worch ist der Meinung, dass sich Demoteilnehmer frei bewegen dürfen – wie ist die Rechtslage?
- Neonazis konnten sich zudem – als so genannte Medienvertreter, aber ohne Presseausweis – frei im Areal bewegen. Die Polizei kontrollierte sie nicht, nur echte Journalisten. Sie ließen sich von den Medienbinden täuschen. Allerdings waren die Demo-Teilnehmer vor allem dafür im Einsatz, Protestler zu filmen und zu fotografieren. Auch Klingelschilder an Häusern, aus denen Protestrufe kamen, wurden fotografiert. Anschließend finden sich die Fotos auf Neonazi-Seiten wieder – mit Aufrufen zur Repression, oder dem Aufruf, persönliche Daten zu verraten. Dafür werden bei Infos über Antifas sogar Belohnungen bezahlt.



- Polizei schränkt die Grundrechte der Bürger auf Freizügigkeit, Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit ein. Das Lahmlegen des öffentlichen Lebens ist nicht hinzunehmen – hier muss eine bessere Abwägung erfolgen. Auch Bürger haben Rechte. Anstelle der Neonazis sollen aber diese kriminalisiert werden (Aktion 65 plus).
- Die Polizeispitze hat bei Stolpersteinen und Gedenkstätten weder Fingerspitzen- noch Taktgefühl bewiesen (was eine Gedenkstätte ist, muss politisch aufgearbeitet werden). Die Polizei hat bei den Stolpersteinen sehr restriktiv reagiert und damit den Zugang zu Gedenkstätten verhindert.
- Außerdem muss ausgelotet werden, welche Spielräume die Stadt zur Einschränkung solcher Aufmärsche hat. Auch wenn in NRW die Polizei zugleich Versammlungsbehörde ist, haben andere Polizeipräsidenten ganz andere Möglichkeiten zur Beschränkung der Aufmärsche genutzt bzw. sind ganz anders mit dem Thema umgegangen (Stichwort: Ziviler Ungehorsam).
- Wichtig ist zudem, dass die Polizeiführung demnächst verstärkt einheimische Beamte an neuralgischen Absperrungen einsetzt, um die Fragen der betroffenen BürgerInnen beantworten zu können. Einzelne Dortmunder könnten auswärtige Einheiten unterstützen.

Bewertung der Aufmärsche durch die Innenexperten des NRW-Landtags: Neonazi-Demos sind nicht zu verbieten

Allein in diesem Jahr sind Neonazis 29 Mal mit größerem Aufgebot durch Städte in NRW marschiert. Verbote sind kaum durchzusetzen, sagen Innenexperten. Köln bleibt die absolute Ausnahme.

Sind Neonazi-Aufmärsche generell zu verbieten? Nein, betonen die Innenexperten des Landtags. Sie standen in Dortmund Rede und Antwort. Anlass waren die letzten Aufmärsche in Dortmund und Köln. „Seit dem Jahr 2000 werden wir regelmäßig von kleinen und großen Demos heimgesucht“, kritisierte Pfarrer Friedrich Stiller, Sprecher des Dortmunder Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus. Doch damit steht die Ruhrgebietsmetropole nicht allein: Allein 2008 gab es bisher 29 größere Aufmärsche in NRW, berichtet die grüne Landtagsabgeordnete Monika Düker. Allerdings gebe es in Dortmund eine neue Situation: Die Autonomen Nationalisten und die Freien Kameradschaften arbeiten mit Parteien Hand in Hand. „Eigentlich sind die spinnefeind“, so Düker. Zudem präsentierten sich die Rechtsextremisten zunehmend aktionsorientierter. „Man könnte sagen, gewaltbereiter“, so die Grüne.

Kölner Verbot nicht übertragbar

Doch mit Verboten könne man den Aufmärschen nicht beikommen, betonten die Innenexperten von Grünen, SPD und FDP. Das Verbot in Köln - allerdings während der laufenden Kundgebung - sei eine Besonderheit. „Die Ursache lag in der mangelnden Kooperationsbereitschaft und dem konspirativen Verhalten von ‘Pro Köln, die dem Verbot in die Hände gespielt hätte“, so SPD-MdL Dr. Karsten Rudolph. Und ob die Verbotsverfügung vor Gericht Bestand habe, sei abzuwarten, ergänzte Horst Engel (FDP). Im Vorfeld habe der Kölner Polizeipräsident ausloten lassen, ob ein

Verbot möglich sei. „Er hat alles versucht, es war aber nicht zu verbieten“, bedauerte Düker. Ebenfalls keine Lösung sei der Vorschlag, wie beim Holocaust-Mahnmal in Berlin ein Demonstrationsverbot an Gedenkorten zu erreichen. Der Dortmunder Idee, alle jüdischen Friedhöfe und die Stolpersteine zu entsprechenden Gedenkorten zu machen, erteilten die Landespolitiker eine Absage. Vor allem auch deshalb, weil damit ein generelles Demonstrationsverbot einhergehe. Diese „Bannmeilen“ würden dann jegliche Form des Protests und auch Gedenkveranstaltungen unmöglich machen.

Mehr zivilgesellschaftliches Engagement

„Das ist die falsche Instrumentendebatte“, warnt Düker. „Das Versammlungsrecht eignet sich nicht, die Neonazis zu stoppen.“ Allerdings kritisierte sie auch die Polizeitaktik, im Vorfeld von den Aufmärschen schon Stunden vorher abzuriegeln. „Das ist nicht durch das Versammlungsrecht gedeckt.“ Das beste Mittel gegen rechtsextreme Aufmärsche seien zivilgesellschaftliches Engagement und Aufklärungsarbeit, so Engel.

Bewertungen durch Organisationen

Pressemitteilung des Jugendring Dortmund: (3. Sep. 2008)

Ist die Vorgehensweise der Polizeiführung durch das Grundgesetz gedeckt?

Erneut ist im Vorfeld eines Naziaufmarsches eine Besorgnis erregende Polizeitaktik zu beobachten, die friedlichen zivilgesellschaftlichen Protest behindert. Aktueller Höhepunkt: Die Dortmunder Polizei behindert den ungehinderten Zugang zu Mahn- und Gedenkstätten. Demokratinnen und Demokraten, die die NS-Diktatur und ihre Folgen erlebt haben, wird der Schutz der Stolpersteine vor einer Entwürdigung durch die geistigen Nachfahren der Täter verboten.

Gerade mit den Stolpersteinen gelingt es in besonderer Weise an die Opfer der NS-Diktatur zu erinnern. Dies wird teilweise bereits bei der Verlegung deutlich, wenn Angehörige und Freunde des Opfers aus der ganzen Welt anreisen. So berichtet auch das Bundesinnenministerium im Rahmen der Verleihung des Preises „Botschafter für Toleranz und Demokratie“ an den Künstler **Gunter Demnig**: „Ausgehend von der Überlegung, dass Menschen erst vergessen sind, wenn ihr Name vergessen ist, gibt Gunter Demnig den Opfern ein Gesicht und hebt sie aus der anonymen Masse der Opfer heraus. Auf diese Weise wird ein Mahnmal geschaffen, das nicht einfach links liegen gelassen werden kann, sondern täglich an das Leid dieser Menschen erinnert.“

Die Stolpersteine sind am letzten frei gewählten Wohnort der Opfer verlegt. Oft war die letzte Erinnerung der Opfer an diesen Ort der Abtransport in die Vernichtungslager. Es darf nicht sein, dass erneut Nazistiefel die Opfer entwürdigen. Die Polizei in einem demokratischen Rechtsstaat hat die Aufgabe, Demokratinnen und Demokraten den Zugang zu den Dortmunder Gedenkstätten zu ermöglichen. Ein gewaltfreier Schutz der Stolpersteine muss gewährleistet werden.

So scheint also die Frage, die der Vorstand des Jugendring Dortmund bereits im Mai 2007 stellte, „Ist die Vorgehensweise der Polizeiführung durch das Grundgesetz gedeckt oder hat die Polizei den Boden des Grundgesetzes verlassen? Ein Skandal wäre beides.“ eine offene zu bleiben!

Presseerklärung der Dortmunder Falken (7. September 2008):

„Wie viel Demokratie erlaubt eigentlich die Polizei?“

60 Jahre nach der ersten Zusammenkunft des parlamentarischen Rates und 59 Jahre nach Inkrafttreten des vom Parlamentarischen Rates geschriebenen Grundgesetzes, werden elementare Grundrechte von der Dortmunder Polizeiführung scheinbar willkürlich entsorgt.

Dass der Aufmarsch der „Rechten“ mit dem Demonstrationsrecht und dem Recht auf Meinungsäußerung genehmigt werden, ist schon schwer erträglich. Wenn jedoch die Polizeiführung in ihrer Presseerklärung die Aggressionsbereitschaft des Aufmarsches „Rechts“ als Begründung nimmt, um Anwohnern den Zugang zu ihren Wohnung zu nehmen und Berichtserstattung von Journalisten einzuschränken, ist etwas schief.

„Für uns Falken ist es neu, dass das grundgesetzliche Recht auf friedliche Versammlungen und Demonstrationen ein aggressives Auftreten mit einschließt, welches zur Einschränkung des grundgesetzlich verbrieften Rechtes der Bewegungsfreiheit, Meinungsfreiheit und Pressefreiheit führt.“ so Thomas Oppermann, Vorsitzender der Dortmunder Falken. Auch das Recht auf Meinungsfreiheit wurde gestern Nachmittag von Polizeibeamten ignoriert. Das Passieren von Absperrungen davon abhängig zu machen, dass man keine T-Shirts mit Aufschriften gegen Nazis trägt, ist der eindeutige Kniefall vor dem rechtsradikalen Mob und seiner Aggression.

„So ist es also um unsere demokratische Gesellschaft bestellt, man muss nur laut genug und aggressiv genug auftreten, um demokratische Grundrechte einzuschränken“. Das dies ein Ziel der Neonazis ist, ist nicht neu. Neu ist, dass die Polizei mit ihrer Strategie dies zulässt und unterstützt.“

Wir können nur hoffen, dass es genug Polizisten gibt, denen bewusst wird, dass ihre eigene Führung der Demokratie, für die sie ihren Kopf hinhalten, einen Bärendienst erwiesen hat. Denn Politik und gesellschaftliche Gruppen sind offensichtlich machtlos, wenn es darum geht, diese Polizeiführung mit dem demokratischen Geiste des Grundgesetzes zu beseelen.

Pressemitteilung von Gerda Kieninger, SPD-MdL (7. September)

Massive Einschränkungen für Bürgerinnen und Bürger

Am 6. September fand in Dortmund von 12 bis 20 Uhr eine Neonazi-Demonstration statt, an der über 1.000 Rechtsextremisten aus ganz Europa teilnahmen. Nur durch einen massiven Polizeieinsatz, an dem mehrere Tausend Beamte aus dem ganzen Land teilnahmen, konnte gesichert werden, dass der Tag weitestgehend friedlich verlief.

Den Preis dafür mussten die Dortmunderinnen und Dortmunder bezahlen, deren Freiheit an diesem Tag massiv eingeschränkt war. Nicht zum ersten Mal wurde Dortmund zum Aufmarschgebiet der Neonazis.

„Den Dortmunderinnen und Dortmundern ist dieser braune Spuk nicht länger zuzumuten“, erklärt die Landtagsabgeordnete Gerda Kieninger. „Die Einschränkungen, denen die Bürgerinnen und Bürger an solchen Tagen unterliegen, sind nicht hinnehmbar.“

Insbesondere das Verbot von Mahnwachen an Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus hält die SPD-Politikerin für unerträglich. „Ich möchte wissen, wie die Landesregierung die Ereignisse am 6. September in Dortmund beurteilt und was sie zu tun gedenkt, um eine Wiederholung in Zukunft zu verhindern.“

Außerdem möchte Kieninger wissen, welche Erkenntnisse der Landesregierung über die beteiligten Rechtsextremisten vorliegen, was der Polizeieinsatz den Steuerzahler gekostet hat, welche Schäden an dem Tag entstanden sind – insbesondere auch wie viele Polizeibeamte verletzt wurden.

Pressemitteilung von Ulla Jelpke – MdB Links-Partei (im Vorfeld der Demo)

Polizei richtet „National befreite Zone“ in Dortmund ein!

In Dortmund werden erneut Neonazis durch die Straßen marschieren. 69 Jahre nachdem ihre ideologischen Vorläufer die Welt mit Krieg überzogen haben, unternehmen die Nazis in Dortmund erneut den Versuch, diesen Gedenktag zu entweihen und ihm eine neue Richtung zu geben. Sie ziehen vorbei an Stolpersteinen und Mahnmalen, die an die grauenvolle Ermordung von Juden durch die Nazis erinnern. Die Erinnerungsstätten bleiben schutzlos den Stiefelritten der Neofaschisten ausgeliefert: Die Polizei hat Kundgebungen, die zum Schutz dieser Orte angemeldet wurden, verboten. Drei Stadtviertel von Dortmund werden von der Polizei hermetisch abgeriegelt, um den Aufmarsch der Faschisten zu schützen. Die Dortmunder Polizei schafft faktisch, was den Nazis bislang in Dortmund nicht gelungen ist: sie schafft temporär eine „National befreite Zone“.

Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. erklärt dazu: „Die Nazis machen sich in Dortmund immer breiter. Innerhalb von zwei Wochen wurden zweimal die Scheiben meines Büros in Dortmund beschossen. Mitgliedern der Partei DIE LINKE. wurde ein Davidstern und ein Fadenkreuz an die Haustür gesprüht. Nazis fühlen sich offenbar sicher in dieser Stadt. Für bekennende Antifaschistinnen trifft das nicht mehr zu. Sie werden zunehmend Opfer rechter Gewalt. Weiterhin werden solche Angriffe von offizieller Seite verharmlost. Die Nazis und ihre Aufmärsche bringen Gewalt und Unfrieden in die Stadt. Das Problem liegt nicht bei den Gegendemonstrationen, sondern bei den Nazis. Die Lösung ist einfach: der Naziaufmarsch muss verboten werden. Wenn das nicht erfolgt, dann ist es die Pflicht einer jeden Antifaschistin und eines jeden Antifaschisten, sich den Nazis entgegen zu stellen. Ich rufe die Dortmunder Bevölkerung auf, den Nazis die Mahnung der Millionen von Toten des Faschismus zu entgegnen: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“

Pressemitteilung von Gerda Kieninger, SPD-MdL, (24. Oktober):

„Ich bin geschockt von der Gewaltbereitschaft der Nazis“

Am 6. September fand in Dortmund eine Neonazi-Demonstration statt, an der über 1.000 Rechtsextremisten aus ganz Europa teilnahmen. Zahlreiche Gegendemonstrationen wurden vom Dortmunder Polizeipräsidenten verboten. 155 Ermittlungsverfahren wurden aus Anlass der Demonstrationen am 06.09.2008 eingeleitet, teilt das Innenministerium jetzt auf Anfrage der Dortmunder SPD-Abgeordneten Gerda Kieninger mit. 112 Straftaten entfallen dabei auf Täter,

die dem politisch rechten Spektrum zuzurechnen sind. 43 auf Personen, die der politischen Linken zugerechnet werden – letztere sind allesamt Verstöße gegen das Versammlungsgesetz.

Mit großer Verwunderung nimmt Gerda Kieninger daher zur Kenntnis, dass sich unter den 22 an dem Tag festgenommenen Personen nur sechs Neonazis befinden. Die Rechtsextremen zeigten sich nämlich – ganz im Gegensatz zu den Gegendemonstranten – als extrem gewaltbereit. 18 Polizeibeamtinnen und -beamte wurden verletzt. Die registrierten Straftaten auf Seiten der Neonazis waren im Einzelnen: Landfriedensbruch, Bildung einer kriminellen Vereinigung, Körperverletzung, Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Sachbeschädigung und Beleidigung sowie Verstöße gegen das Versammlungsgesetz. „Diese Fakten sprechen eine eindeutige Sprache.“, so Gerda Kieninger. „Ich bin geschockt von der Gewaltbereitschaft der Neonazis.“

Die SPD-Politikerin kündigt an, dass sich der Innenausschuss des Landtags noch mit der Frage zu beschäftigen habe, ob der Polizeieinsatz als verhältnismäßig bezeichnet werden kann, wenn man die eingeleiteten polizeilichen Maßnahmen und die erfassten Straftaten gegenüberstellt. „So etwas darf sich in Dortmund nicht wiederholen“, stellt die Landtagsabgeordnete abschließend fest.

Pressemitteilung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/BdA:

Polizeiverhalten führt zur Verfassungsbeschwerde

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten, Kreisvereinigung Dortmund, hat in Karlsruhe beim Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerde gegen die Entscheidung des Gelsenkirchener Verwaltungsgerichts zum Naziaufmarsch vom 6. September in Dortmund eingereicht. Die Dortmunder Polizeispitze hatte „jede Form einer Ersatzveranstaltung“ zu den nicht genehmigten Mahnwachen an der Märkischen Straße und am Ostfriedhof anlässlich des Naziaufmarsches vom 6. September verboten. Die VVN-BdA hatte Klage gegen dieses Verbot beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen eingelegt.

Bevor es zur Entscheidung des Gerichts kam, zog die Polizei von Dortmund jedoch das Verbot zurück. Dem Anwalt der VVN-BdA, Wilhelm Achelpöhlner aus Münster, wurde bedeutet, dass die Polizei auch die Kosten des Verfahrens übernommen habe. Zum Erstaunen und Befremden von Ulrich Sander (er hatte im Namen der VVN-BdA und der Aktion „65 plus“ geklagt, um Mahnwachen an Stolpersteinen zu ermöglichen) bekam nun eine Rechnung über 484,50 Euro vom Gericht zugestellt. Die Dortmunder Polizei war wortbrüchig geworden. Dies geschah auch in anderer Form: Die Polizeispitze, die zwar das Verbot von Ersatzveranstaltungen aufgehoben hatte, lehnte jede neue Anmeldung von Mahnwachen am 6.9. ab. Sie will auch, anders als die Einsatzleitung, rückwirkend die Spontandemonstration der „Aktion 65 plus“ mit rund 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmern verbieten lassen und die spontane Demoleitung strafrechtlich belangen lassen.

Da gegen den Gerichtsbeschluss zur Zahlung der Gerichtskosten keine Rechtsmittel mehr eingelegt werden können, wird nun in Karlsruhe gegen die Polizeispitze geklagt. Die Rechtsverfügung der Polizei sei rechtswidrig gewesen, daher dürfe auch die VVN-BdA nicht zur Kasse gebeten werden, meint Rechtsanwalt Wilhelm Achelpöhlner. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit nach Artikel 8 Grundgesetz wurde durch den Gebühren-Beschluss des Verwaltungsgerichts und das Verbot der Dortmunder Polizei auf unzulässige Weise eingeschränkt. Verletzt

wird auch Artikel 19 des Grundgesetzes über das Recht der Bürger auf Zugang zu einem effektiven Rechtsschutz. Gerichtliche Kostenentscheidungen dürfen nicht dazu führen, das Recht nach Artikel 19 nicht mehr in Anspruch nehmen zu können.



Pressespiegel der Dortmunder Tageszeitungen

- Westfälische Rundschau
- WAZ
- Ruhr Nachrichten

Westfälische Rundschau und WAZ, 02.09.2008

Aktion 65 plus" ruft zum „zivilen Ungehorsam" auf - Polizei sieht noch Gesprächsbedarf

Senioren wollen Neonazis stoppen

Von Alexander Völkel

Eine Gruppe von engagierten Senioren wollen den Aufzug der Neonazis am kommenden Samstag verhindern. Sie rufen daher offen zu einer Blockade auf.

„Wir haben die Kriegszeit erlebt: Bombennächte, Hausdurchsuchungen, Eltern im KZ, Verwandte, die im Krieg starben, jüdische Nachbarn, die verschleppt wurden", erklärt Willi Hoffmeister (75). „Und die Nachfolger der Nazis, die das verschuldet hat, mißbrauchen den Antikriegstag", ergänzt Ulli Sander (67). Beide gehören zu den Erstunterzeichnern der „Aktion 65 plus". Unterzeichnet haben auch Künstler wie die Schauspieler Ines Burkhardt und Claus Dieter Clausnitzer sowie Hartmut Anders-Hoepgen, Sonder-



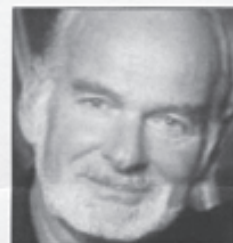
Hat unterzeichnet: Kammer-schauspielerin Ines Burkhardt.



Erstunterzeichner: Alterpräsi-dent im Rat, Wolfgang Richter.



Initiator: Willi Hoffmeister vom Friedensforum.



Hat unterzeichnet: Schauspie-ler Claus-Dieter Clausnitzer.

beauftragter des OB für Toleranz, Vielfalt und Demokratie. „Wir wollen nicht mehr zusehen, wenn die Nazis marschieren. Wir wollen ihnen entgegenreten und sie stoppen", erklärt Wolfgang Richter (73) die Idee.

Daher haben sie eine Mahnwache an der Ecke Märkische Straße/ Ernst-Mehlich-Straße

angemeldet. „Wir wollen nicht, dass Nazistiefel über die Steine der NS-Opfer trampeln", sagt Hoffmeister. Der Polizei ist diese Form des friedlichen Protests angekündigt worden. „Das ist nicht strafbar. Sträflich wäre es, die Nazis gewähren zu lassen. Das wäre grundgesetzwidrig", so Ulli Sander. Natürlich seien nicht nur Senioren zum „zivi-

len Ungehorsam" aufgerufen, sondern alle, die sich gewaltfrei protestieren wollten.

Dies soll im Anschluss an die Kundgebung auf dem Platz der alten Synagoge (Beginn: Samstag 12 Uhr) geschehen. Allerdings hat die Polizei noch Gesprächsbedarf. „Dort hatte man die Bilder vom 1. Mai 2007 mit den brennenden Bahngleisen vor

Augen" berichtet Sander. „Ich habe andere Bilder vor Augen. Nämlich die, als ich 1938 die Synagoge in Köln brennen sah", kontierte Heinz Feldewert (85). Das Kooperationsgespräch soll heute weitergehen. Notfalls will man vor dem Verwaltungsgericht die Mahnwache durchsetzen, wenn schon der Neonazilaufmarsch nicht verboten wird.

Veranstaltungen zum Antikriegstag - „Platz der Erinnerung" auf Bahnhofs-Nordseite gefordert

Eindringliche Appelle gegen Krieg und Faschismus

Eindringliche Appelle gegen Krieg und Faschismus gab es anlässlich des Antikriegstages gleich an mehreren Orten und Plätzen zu hören.

Vor der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache erinnerten DGB, Förderverein Steinwache, Jugendring und Auslandsgesellschaft Deutschland an den Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 69 Jahren. Ein klar erkennbares Mahnmal gegen das Vergessen" forderte Heinz Fennekold, Präsident der Auslandsgesellschaft Deutschland. Er forderte, den bislang namenlosen Platz auf der Nordseite des Hauptbahnhofs vor Cinestar und Steinwache in „Platz der Erinnerung" umzubenennen.



Im Innenhof der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache wurde gestern der Opfer des Faschismus gedacht. (Foto: Alex Völkel)

„Wir müssen aus der Geschichte lernen"

Die Notwendigkeit dessen zeigte Dr. Günther Högl, Leiter des Stadtarchivs, auf. Er machte eine „Revitalisierung der NS-Ideologie bei den Unbelehrbaren" aus. „Wir müssten aus der Geschichte lernen, damit sich der verbrecherische Vernichtungsfeldzug nicht wiederholt." Das Thema Bildung stellte auch

DGB-Landeschef Guntram Schneider in den Mittelpunkt. „Wir fordern die Landesregierung auf, die NS-Zeit wieder zu einem Schwerpunkt im Geschichtsunterricht zu machen", so Schneider. „Es darf nicht zur selben skandalösen Situation wie in Bayern kommen, wo das gesamte Thema in sieben Schulstunden abgehandelt wird." Das Thema Faschismus sei

schließlich nicht 1945 beendet gewesen. „Wir haben es allerdings nicht mehr mit Neonazis in Springerstiefeln, sondern in Kaschmirsakkos zu tun. Sie sind weitaus gefährlicher", so Schneider.

Im Anschluss gedachte der Schwulen- und Lesbenverband im Innenhof der Steinwache der Opfer des Faschismus. Am Morgen hatten bereits 100 Beschäftigte der

Westfalenhütte einen Kranz zum Gedenken an die Opfer des Weltkriegs niedergelegt.

Bereits am Samstag hatte das Bündnis gegen Rechts zusammen mit der Bezirks Schülervertretung, dem Friedensforum und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) zu einer Kundgebung auf den Platz der alten Synagoge eingeladen. Hauptrednerin war Celine van der Hoek-de Vries, Auschwitz-Überlebende und Präsidentin des Internationalen Rombergpark-Komitees aus Amsterdam, die im Gespräch mit Schülern ihre Erlebnisse schilderte und dazu mahnte, nicht erneut Rechtsextremismus aufkeimen zu lassen.

Eine Vielzahl von Gruppen setzte dort ein Zeichen gegen Krieg und Rechtsextremismus und warb für die Teilnahme an der zentralen Veranstaltung gegen den Neonazilaufmarsch am kommenden Samstag um 12 Uhr auf dem Platz der alten Synagoge. Umrahmt wurde das Programm von kulturellen Beiträgen. (alex)



„Zeigen, wem Dortmund gehört“

Gedenkveranstaltung zum Antikriegstag am 1. September an der Steinwache

Die Gruppe „Ostere nasen“ schlug auf dem Zugflügel zunächst sanfter Töne an bei der Einheimisierung zur Gedenkveranstaltung zum Antikriegstag. Danach wurde es lauter und deutlicher vor 150 Teilnehmern an der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, mit akustischem Beleg: „Die Prinzipie der Freiheit dürfen niemals überwachen bekommen“, forderte der nordrhein-westfälische DGB-Vorsitzende Güntraam Schneider zum Protest auf gegen die Neonazi-Demo am Samstag (8.9.). „Dann muss sich zeigen, wem Dortmund gehört.“



Musik und Bilder des „Ausschaltzyklus“ von Walter Kippmeyer bildeten den Rahmen der Veranstaltung. Im Foto: Kippmeyer

Grundätzlich sei keine Bevölkerungsgruppe vor Neonazismus gefeit. Schneider: „Zunehmend kommen Neonazis nicht im Bombenack und Knoblauchdampf, sondern im Kaschmir-Kolko und oderentlich frisiert.“ Wer sich mit brauner Ideologie beschäftigt, müsse feststellen, wie verortet diese sei. In den Schulen solle daher die Zeit des Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg ein Schwerpunkt des Geschichtsunterrichts sein. Schneider forderte zudem „das Verbot der NPD und anderen neonazistischer Organisationen“. Erntet Söder vom Förderverein der Mahn- und Ge-

denkstätte warnte, dass soziale Ungleichheiten Triebkräfte seien für wachsenden Faschismus. „Wir müssen wachsam sein, und neue Gefahren abwehren.“

Wie sein Vizepräsident Söder ging auch Heino Priesnerfeld, Präsident der Auslandsgesellschaft, besonders an den Veranstaltungsort ein. Er appellierte an die Politik, das Gelände des ehemaligen Gestapo-Gefängnisses umzuwidmen in „Platz der Erinnerung“. Ein neues Mahnmal soll dort zudem dafür sorgen, „dass hier keiner mehr abstrahlos vorbei geht.“ Zwischen den Reden zigten Beiträge von Jugendlichen das Anliegen des Veranstalters, den Kampf gegen das Vergessen über die Generationen hinweg weiter tragen zu wollen. •Jo

Polizei verbot Senioren-Blockade

Zentrale Kundgebung am Theatervorplatz

Im Vorfeld des bevorstehenden Neonazi-Aufmarsches am Samstag (6.9.) regt sich massiver Widerstand.

Unter dem Motto „Bunt statt Braun“ gibt es an diesem Tag eine „Kundgebung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“. Zu der Veranstaltung, die um 12 Uhr am Platz der Alten Synagoge (Theatervorplatz) beginnt, rufen ein breites Spektrum von gesellschaftlichen Gruppen auf - u.a. der Oberbürgermeister, der DGB und die Kirchen.

Der Dortmunder Friedensrat ging das nicht weit genug. Mit der „Aktion 65 plus“ planen Will Hoffmeister, Urmula und Wolfgang Richter sowie Traute und Ulrich Sander, die Wegzwecke

der Faschisten mit Senioren zu blockieren. Gestern erntete die Polizei diesem Vorhaben eine klare Absage: „Die Aktion und die Mahnwache an der Veranstaltungstrecke wurde uns verboten. Als Grund geben die Beamten Sicherheitsbedenken an“, ärgert sich Will Hoffmeister (75). Die Organisatoren wollen jetzt rechtliche Schritte gegen die Verfügung prüfen.

Unverlesen fordert die Verfestigung der Verlogen des Nationalrates VVN-BdA erneut ein Verbot des Neonazi-Aufmarsches. Grundlage könne ein neuer Volksverwehrgesetz-Paragraf sein, hielt es. Polizeichef Hans Schulze will heute über den Polizeieinsatz informieren. •weg

Westfälische Rundschau und WAZ, 03.09.2008

Erhebliche Behinderungen zu erwarten - „Wir können von einer besonderen Dimension ausgehen“

Polizei setzt auf massive Präsenz

Von Alexander Völkel

Die Polizei setzt am Samstag auf eine massive Polizeipräsenz, wenn Dortmund am Samstag den nächsten Neonazi-Aufmarsch und eine Vielzahl von Protestkundgebungen erwartet.

„Wir sind am 1. Mai 2007 von der Vehemenz der Gewalt überrascht worden“, räumte Polizeipräsident Hans Schulze bei der Vorstellung des Polizeikonzeptes für das kommende Wochenende ein. „Jetzt sind wir darauf eingestellt.“ Ein Großaufgebot der Polizei und auch der Bundespolizei wird im Einsatz sein. Die Bundespolizei deshalb, weil sie für den Schutz der Gleisanlagen zuständig ist. Im vergangenen Jahr hatten gewalttätige Autonome auf Gleisanlagen in der östlichen Innenstadt brennende Barrikaden errichtet, um die Anreise der Neonazis zu verhindern. Am Wochenende will die Polizei daher jeglichen Kontakt zwischen Neonazis und Antifaschisten verhindern. „Wir haben die Erfahrungen ausgewertet und uns taktisch darauf eingestellt“, betonte Polizeiführer Dieter Keil.

„Wir können von einer besonderen Dimension ausgehen - sowohl von der extremen Linken als auch von der extremen Rechten.“

Es wird daher am Samstag zu erheblichen Behinderungen im öffentlichen Leben kommen. Vormittags gibt es Sperrungen am Wall. Und we-

gen der Neonazi-Demo wird die Straßenbahn zwischen der City und Wambel am Nachmittag wohl über Stunden nicht fahren können.

„Wir werden aber dafür sorgen, dass die vielfältigen Parallelveranstaltungen - das Brunnenfest, das Schulfest zum der Hauptschule am Ost-

park, der Apfelmarkt, die Familienböse, der Wochenmarkt und mehrere Trauungen in den Kirchen im Gebiet ungestört und unbeeinträchtigt stattfinden können.

Die Erreichbarkeit ist allerdings eine ganz andere Frage: „Wir müssen im Einzelfall sehen, wen wir durchlassen

können“, betont Polizeipräsident Hans Schulze.

Der Aufmarsch der Rechtsextremen - erwartet werden Redner und Teilnehmer aus mehreren europäischen Ländern - um 12 Uhr zwischen Saarlandstraße und Südbad. Ab 13 Uhr soll der Marsch bis zum S-Bahnhof Körne-West stattfinden - mit insgesamt vier jeweils einstündigen Kundgebungen.

HINTERGRUND

Plakat-Aktion geht weiter

■ Für Vielfalt, Toleranz und Demokratie! lautet das Thema der Plakat-Aktion, die im Rahmen der Maßnahmen und Aktionen gegen Rechtsextremismus in Dortmund stattfindet.

■ Bis zum August nächsten Jahres gestalten Schülerinnen und Schüler alle zwei Monate ein neues Plakat.

■ Die zweite Runde eröffnen die Schülerinnen und Schüler der Libori-Grundschule.

■ Das Familien-Projekt und die Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und



Schülerinnen und Schüler der Libori-Grundschule kleben ihr Plakat an die Litfasssäule auf dem Friedensplatz. (Foto: Völkel)

Demokratie appellieren an Unternehmen, Kirchen, Gewerkschaften, Verbände und öffentliche Einrichtungen, die Plakat-Aktion zu unterstützen.

■ Die Plakate können kostenlos angefordert werden unter: 50-29841 oder familie@dortmund.de

Großkundgebung „Bunt statt Braun“

Auf dem Platz der Alten Synagoge findet die gemeinsame Kundgebung aller drei großen Bündnisse - dem Bündnis Dortmund gegen Rechts, dem Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus und dem „Bündnis 28.3.“ unter Federführung des städtischen Sonderbeauftragten für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, Hartmut Anders-Hoepgen, statt.

Bereits um 10 Uhr soll der Demonstrationzug des „Bündnis 28.3.“ am Hauptbahnhof starten und bis 12 Uhr die Großkundgebung vor dem Opernhaus erreichen.

Bezirksvertretung fordert freien Zugang zu Stolpersteinen

Klage gegen Mahnwachen-Verbot

Das Verbot der Mahnwache der Senioren an den Stolpersteinen und am jüdischen Friedhof durch die Polizei wird ein rechtliches Nachspiel haben. Die Organisatoren werden nun gerichtlich versuchen, die Mahnwachen durchzusetzen.

Die Polizei hat am Dienstag die geplanten Mahnwachen der „Aktion 65plus“ verboten. Senioren, darunter viele Prominente, hatten angekündigt, sich den Neonazis entgegenzustellen und deren Aufmarsch blockieren zu wollen. Gegen das Verbot der Mahnwache wollen die Organisatoren, Will Hoffmeister und Ulrich Sander, vor dem Verwaltungsgericht klagen. Rückendeckung bekommen sie dabei von der Bezirksvertretung in-

nenstadt-Ost: In einer Resolution werden Verwaltung und Polizeipräsident aufgefordert, den ungehinderten Zugang zu allen Gedenkstätten für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft zu gewährleisten.

Insbesondere den ungehinderten Zugang zu den Stolpersteinen auf der Märkischen Straße als Gedenkstätte für nationalsozialistische Gewaltopfer jüdischen Glaubens sowie zum jüdischen Friedhof auf dem Ostfriedhof. Dieser habe ebenfalls den Charakter einer zu schützenden Gedenkstätte, insbesondere mit den Grabsteinen des weltberühmten jüdischen Künstlers Benno Elkan.

Die BV In-Ost erwarte von der Polizei nicht nur die Sicherstellung des ungehinderten Zu- und Abgangs zu die-

sen Gedenkstätten, sondern auch die ungehinderte Durchführung von kleineren Versammlungen und Mahnwachen an diesen Gedenkstätten. Sollte dies seitens der Polizei nicht garantiert werden können, erwartet die BV eine hierfür erforderliche Veränderung oder Verkürzung der Route der Neonazis.

Aus Sicherheits- und strafrechtlichen Bedenken habe er die Mahnwache verboten, so Polizeipräsident Hans Schulze. Die Polizei schütze die Stolpersteine. Er sehe einer Klage mit Gelassenheit entgegen. „Ich glaube nicht, dass das Gericht einer Klage stattgibt.“ Außerdem sei dies auch für die Senioren zu gefährlich, wenn sie versuchten, sich 1000 Neonazis in den Weg zu stellen. (alex)

KOMMENTAR

Fehlendes Vertrauen

Von Alexander Völkel

„Das gebrannte Kind scheut Feuer.“ Die Redewendung passt sehr gut auf Dortmunds Polizei. Polizeipräsident Hans Schulze und seine Führungsspitze setzen weiter auf die großräumige Trennung der Neonazis und Antifaschisten. Vom „Dortmunder Konzept“, welches die Demonstrationen von Links und Rechts bis auf wenige Meter aneinander heran führte und ein verbales (und dabei gewaltfrei) Abreagieren erlaubte, ist nichts mehr zu sehen.

Die Eskalation der Gewalt sei der Grund, warum dies nicht mehr versucht werde. Allerdings waren gerade die Demonstrationen friedlich, die die Gruppen auf Hör-

und Rufweite aneinander brachte. Allerdings entlud sich die Gewalt erst, als die direkte Konfrontation nicht mehr möglich war - und Polizisten wurden zum Ziel der Gewalt.

Den Demokraten sei es nicht mehr gelungen, einvernehmlich gegen Rechts zu demonstrieren. „Das war der Grund zur Trennung“, begründet der Polizeipräsident. Dass es aber erstmals wieder eine Einheit unter der Federführung von Hartmut Anders-Hoepgen gibt, reicht Schulze nicht. „Ich kann nicht erkennen, dass es einen Veranstalter gibt, der die Interessen zu bündeln versteht.“ Harte Worte - und ein Zeichen fehlenden Vertrauens.

Polizei setzt auf massive Präsenz

Westfälische Rundschau, 03.09.2008

Dortmund wird zum Knotenpunkt der rechtsextremen Szene - Demokraten mobilisieren:

Ein großes Bündnis gegen Neonazis

Von Alexander Völkel

Dortmund. Dortmund entwickelt sich immer mehr zum Knotenpunkt der rechtsextremen Szene. Am Samstag steht der nächste große Aufmarsch an - mit Teilnehmern und Rednern aus halb Europa. Die Polizei rechnet mit über 1000 Rechtsextremen.

Dagegen mobilisieren die demokratischen und antifaschistischen Kräfte: Unter dem Motto „Bunt statt Braun“ rufen erstmals alle großen Bündnisse zum gemeinsamen Protest gegen die Neonazis und ihren so genannten „Nationalen Antikriegstag“ auf. „Sie missbrauchen den Antikriegstag. Die Neonazis haben nichts mit dem internationalen Antikriegstag der Friedensbewegung, der Gewerkschaft und Antifaschisten zu tun“ heißt es im Aufruf der Demokraten. Gegen diesen Missbrauch will Dortmund ein friedliches und deutliches Zeichen setzen.

Großaufgebot der Polizei im Einsatz

Um 12 Uhr sammeln sich die Neonazisten in der südlichen Innenstadt. Ab 13 Uhr wollen sie ihre Demonstration mit insgesamt vier jeweils einstündigen Kundgebungen bis in den östlichen Ortsteil Körne treiben, wo der braune Spuk um 19 Uhr beendet sein soll. Zu erwarten sind - wie in den Vorjahren - volksverhetzende, rassistische und antisemitische Parolen, die allerdings bislang juristisch folgenlos blieben. Zu hören sein wird daher wohl wieder die faschistische Parole zum Antikriegstag: „Nie wieder Krieg nach unserem Sieg.“ Eben dem „Sieg des nationalen Sozialismus“.



„Bunt statt Braun“ ist das Motto der Gegenveranstaltung zum geplanten Neonazi-Aufmarsch in Dortmund. Demokraten und Antifaschisten wollen ein deutliches Zeichen setzen. (WR-Foto: Luthe)

In der Stadtmitte - auf dem Platz der alten Synagoge - wird sich das demokratische Dortmund sammeln. Erstmals rücken dabei alle gesellschaftlichen Gruppen - das Spektrum reicht von Gewerkschaften, Kirchen, Parteien über Friedensbewegung und Antifaschisten bis hin zu autonomen Organisationen zusammen. „Jeder und jede, die sich gewaltfrei beteiligen möchte, ist willkommen“, macht Hartmut Anders-Hoepgen, Koordinator für Toleranz, Vielfalt und Demokratie deutlich. Dortmund setzt darauf, dass sich viele Demo-

kraten auch aus dem Umland beteiligen, um ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen. Die Dortmunder Polizei rüstet sich für einen massiven Einsatz. „Wir müssen von einer besonderen Dimension ausgehen - sowohl von der extremen Linken und der extremen Rechten“, betont Polizeiführer Dieter Keil. „Die können einem schon die eine oder andere Sorgenfalte auf die Stirn treiben.“ Denn die Polizei ist skeptisch, ob die große Koalition der demokratischen und antifaschistischen Kräfte hält.

Die Autonomen vom „Bündnis 28.3.“, nach der Ermordung des Punkers „Schmuddel“ durch einen 17-jährigen Neonazi gegründet, wollen am Samstag ab 10 Uhr unter der Leitung der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke („Die Linke“) zu ihrem Demonstrationzug unter dem Motto „Kein Frieden mit Neonazis“ starten. Anschließend wollen sie nach Auflösung der Demo an der zentralen Kundgebung am Platz der alten Synagoge teilnehmen. Doch genau das ist für die Polizei die Frage: Am 1. Mai 2007 hatten dieselben Anmelde ihre De-

INFO

Große Koalition

- Der Rat der Stadt Dortmund hat 2007 den Aktionsplan für Vielfalt, Toleranz und Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus ins Leben gerufen.
- Dazu gibt es eine Koordinierungsstelle, die neben Personal mit jährlich 100 000 Euro ausgestattet ist, um bürgerschaftliche Aktivitäten im Sinne des Aktionsplans zu unterstützen.
- Unter Federführung der Koordinierungsstelle ist es erstmals gelungen, verschiedene gesellschaftliche und politische Bündnisse an einen Tisch zu bringen.
- Deren Veranstaltung findet am Samstag von 12 bis 14 Uhr vor dem Stadttheater statt. Neben Reden gibt es ein Kulturprogramm mit einem Migrantenskabarett und „Microphon-Mafia“.

mo frühzeitig aufgelöst und Teilnehmer hatten auf den Bahngleisen brennende Barrikaden errichtet, um so die Anreise der Neonazis zu stoppen. Die Veranstalter der autonomen Demo rechnen mit 300 Teilnehmern. „Das wird deutlich überschritten. Wir rechnen mit dem Fünftfachen“, so die Polizei. Mit entsprechend vielen Kräften sind sie im Einsatz - auch von der Bundespolizei. „Wir sind am 1. Mai 2007 von der Verheerung der Gewalt überrascht worden und sind jetzt darauf eingestellt“, so Polizeipräsident Hans Schulze.

Ruhr Nachrichten, 03.09.2008

Breites Bündnis gegen Rechts

Polizei rechnet mit „besonderer Dimension“

Polizei-Einsatzleiter Dieter Keil schwant nichts Gutes: „Wir gehen von einer besonderen Dimension des Einsatzes aus.“ Immerhin stehen der Stadt am Wochenende gleich fünf Demonstrationen ins Haus. Für die Polizei gilt es vor allem zu verhindern, dass gewaltbereite Gruppen von Links und Rechts aufeinander treffen.

Schon für Freitagabend ist die erste Kundgebung von Rechtsextremisten angemeldet. Am Samstag wollen Neonazis dann ab 13 Uhr durch die östliche Innenstadt ziehen - vom Bahnhof Stadthaus rund um das Stadtwerk-Gelände und den Ostriedhof über den Hellweg nach Körne.

Gegen den rechten Aufmarsch demonstriert ein breites Bündnis ab 12 Uhr vor dem Opernhaus bei einer Kundgebung, die der Beauftragte der Stadt für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, Hartmut Anders-Hoepgen,

organisiert und bei der u.a. auch Oberbürgermeister Dr. Gerhard Langemeyer spricht. Im Vorfeld zieht bereits das Bündnis 28.3. unter dem Motto „Kein Frieden mit Nazis“ vom Hauptbahnhof über den Wall bis zum Opernhaus. Und am Nachmittag lädt eine Initiative zum einem Familienfest gegen Rechts in den Westpark ein.

Der Handel rechnet wieder einmal mit erheblichen Umsatzeinbußen aufgrund der Demos. „Es werden sicherlich weniger Kunden in die Stadt kommen, weil die City zeitweise schwer zu erreichen sein wird“, so Matthias Hilgering, stellv. Vorsitzender des City-Rings. In einer gemeinsamen Mail appellieren City-Ring, City Marketing GmbH und Einzelhandelsverband an ihre Mitglieder, die dem Opernhaus bei einer Aktion „gegen Rechts“ tatkräftig zu unterstützen. Außerdem empfehlen sie, „sich auf diese Situation flexibel einzustellen“. • Olfkiwi



WAZ, 04.09.2008

Bündnis aus der Gesellschaft tritt den Rechten entgegen

Dortmund ist bunt statt braun



Einen Platzverweis gegen Rechts erteilten gestern viele Menschen nach Aufruf der DGB-Jugend auf dem Friedensplatz. (Foto: Franz Luthe)

Ein breites Bündnis stellt sich am 6. September dem Neonazi-Aufmarsch entgegen. Um 12 Uhr veranstaltet das Büro für Vielfalt, Toleranz und Demokratie auf dem Platz der alten Synagoge vor dem Theater eine Kundgebung unter dem Motto „Dortmund, bunt statt braun“.

Erstmals haben sich über 60 Organisationen wie der Arbeitskreis Dortmund gegen Rechts, das Bündnis gegen Rechts, der Stadtjugendring unter der Koordinierung des Sonderbeauftragten gegen Rechtsextremismus, Hartmut

Anders-Hoepgen, zu einer gemeinsamen Aktion zusammengefunden.

„Es kann nicht sein, dass die Neonazis den Antikriegstags für ihre Zwecke missbrauchen. Deshalb freue ich mich, dass dieser gebündelte Widerstand aller Demokraten entstanden ist“, sagte Hartmut Anders-Hoepgen. Ziel müsse es sein, den in allen Schichten um sich greifenden neuen Nationalsozialismus ebendort - aus der Mitte der Gesellschaft heraus - zu bekämpfen, forderte Eberhard Weber, Sprecher des Arbeitskreises Dortmund gegen Rechts. Er wird am Samstag ebenso eine

Rede halten wie OB Gerhard Langemeyer, Hartmut Anders-Hoepgen, Tülin Dolutas vom Bündnis Dortmund gegen Rechts, drei Schüler für den Jugendring sowie Emre Gülec, stellvertretender Vorsitzender des Ausländerbeirats. Aus diesem Gremium heraus stammt der Appell an alle Migranten in Dortmund an der Kundgebung teilzunehmen: „So zeigen wir, Teil dieser Gesellschaft zu sein.“ Ein Programm mit der Hip-Hop-Band Microphone Mafia, Kabarettist İlhan Atasoy und Schriftsteller Markus Veith begleitet die Veranstaltung. (greg)

Westfälische Rundschau, 06.09.2008

DIE NAHAUFNAHME

Gräben überwinden



von Alexander Völkel

Dortmund erwartet heute den nächsten Neonazi-Aufmarsch. Erstmals gibt es dank des Sonderbeauftragten für Vielfalt, Toleranz und Demokratie wieder ein breites Bündnis dagegen. Doch warum war das so schwer? Sind die Gruppen nicht durch ein gemeinsames Ziel geeint? Leider nicht. In den letzten Jahren haben sich Gräben aufgetan. Aus inhaltlichen Unterschieden, aber auch wegen persönlicher Eitelkeiten und Engstirnigkeit wurde eine wirkungsvolle Arbeit gegen Rechtsextreme verhindert.

Als im Jahr 2000 das Bündnis Dortmund gegen Rechts gegründet wurde, saßen noch alle an einem Tisch. Aus mehreren Gründen gingen Kirchen und Gewerkschaften und riefen den Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus ins Leben. Zuletzt im Januar 2006 versuchte man nochmal gemeinsam, den Aufmarsch zu stoppen. „Wir stoppen die Nazis“ war die Parole. Die Gelegenheit hätte sich geboten. Doch der entscheidende Schritt nach vorne - der zur Blockade - blieb aus.

Hier war mehr möglich. Doch die Chance wurde vertan. Daher war die Enttäuschung vieler Antifaschisten groß. Die Folge: Bei kommenden Aufmärschen kamen sie nicht mehr. In der Folge endete das „Dortmunder

Modell“. Es ermöglichte ein räumlich dichtes Nebeneinander von Antifa und Neonazis - und damit eine friedliche verbale Konfrontation.

Vor allem das Auftreten des „Bündnis 28.3.“ nach der Ermordung des Punkers Thomas „Schmuddel“ Schulz am 28. März 2005 sorgte für Zündstoff. Bereits im Januar 2006 kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, da die Demonstranten aus dem überwiegend autonomen Spektrum nicht so dicht zu den Neonazis durften. Die Folge: Fortan gab es eine noch weitere räumliche Trennung. Mit ihr wuchs der Frust, das Aggressionspotenzial stieg.

Aber andere große Demos gab es nicht: Weder Bündnis gegen Rechts noch Arbeitskreis schafften es, die Massen zu mobilisieren. Sie überließen den Autonomen das Feld, die Demokraten blieben zu Hause. Der Koordinierungsstelle ist es nun gelungen, dass erstmals alle gemeinsam aufrufen. Die Kundgebung darf aber nur ein erster Schritt sein. Das Ziel muss bleiben, die Neonazis aus Dortmund zu bekommen.

Doch die Polizei torpediert das: Während andere Polizeipräsidenten das Querstellen als „zivilen Ungehorsam“ werten und Aufmärsche gestoppt werden können, behandelt Dortmunds Polizeichef dies als Landfriedensbruch und macht den Weg für die Faschisten frei. Dazu passt auch das generelle Verbot aller Mahnwachen. Natürlich muss der Polizeichef nach Recht und Gesetz handeln. Allerdings könnte er ja seine Möglichkeiten zur Einschränkung des braunen Spuks nutzen - und nicht noch die Proteste dagegen verhindern.



Westfälische Rundschau und WAZ, 08.09.2008

Breites Bündnis protestierte am Samstag in der Dortmunder Innenstadt gegen Neonazi-Aufmarsch

Rechte zeigte sich äußerst gewaltbereit

Von Andreas Winkelsträter

Dortmund. Ein breites Bündnis hat am Samstag in der Westfalenmetropole gegen den erneuten Aufzug von Neonazis demonstriert. Dabei verhinderte ein Großaufgebot der Polizei erfolgreich ein Aufeinandertreffen zwischen Linken und Rechten. 16 verletzte Polizisten zeugen deutlich von einer neuen Dimension der Aggressivität und Gewalt, die von 1100 Neonazis ausging.

Schon ab morgens herrschte in weiten Teilen der Innenstadt Ausnahmezustand. Einige Bereiche der Revier-Metropole waren hermetisch von der Polizei abgeriegelt worden, vor allem entlang der über vier Kilometer langen rechten Route von der City in Richtung des östlichen Stadtteils Körne. Wasserwerfer waren in Stellung gegangen, Abspergitter und Polizeiwagen bildeten zusätzliche Sperren. Überall wimmelte es von Einsatzkräften.

Deutliche Botschaft: „Wir wollen Euch nicht in dieser Stadt!“

Nur Anwohner, die sich ausweisen konnten, erreichten ihre Wohnungen. Teils mit massiven Behinderung und nach langen Diskussionen mit den Ordnungshütern. Zudem kam der öffentliche Nahverkehr in den betroffenen Stadtteilen zum Erliegen. Viele Geschäfte hatten aus Angst geschlossen. An Kneipen und Restaurants oder auch an Wohnhäusern wurden vielerorts die Jalousien und Sicherheitsgitter an den Türen nantengelassen.

Erstmals seit einigen Jahren war es Hartmut Anders-Hoepgen, dem Sonderbeauftragten des Oberbürgermeisters für Toleranz, Vielfalt und Demokratie, gelungen, die Proteste gegen den Naziaufmarsch zu bündeln. Rund 1500 Protest-



„Hohes Aggressionspotenzial“: Eine „neue Generation“ von rechten Demonstranten sorgte unter anderem dafür, dass in Dortmund 16 Polizisten verletzt wurden. (WR-Foto: Ralf Rottmann)

ler kamen, unter ihnen Dortmunds OB Gerhard Lange-meyer. „Wir wollen Euch nicht in dieser Stadt!“ Diese deutliche Botschaft richtete Anders-Hoepgen an die Neonazis. Der Theologe forderte die Dortmund auf, ein „deutliches und nachhaltiges Zeichen zu setzen“. Zuvor hatten dies rund 800 Demonstranten, in erster Linie Autonome und Anhänger der Linkspartei, auf einem Protestzug vom Bahnhof zum Platz der Alten Synagoge vor dem Stadttheater getan. Einige von ihnen schlossen sich dem bürgerlichen Protest an, andere versuchten, den Naziaufmarsch zu stoppen.

Die Nazis haben nun schon zum vierten Mal den Antikriegstag (1. September) in Dortmund für ihre rechtsradikalen Ziele missbraucht. Noch bevor der Zug der Rechten - alle wurden einzeln überprüft und durchsucht - loszog, kam es zu ersten Ausschreitungen. Die Neonazis stürmten auf eine Absperrung zu, hinter der eine Handvoll Autonome provozierte. Ein aus den Reihen der Rechten gezündeter Knallkörper verletzte einen Beamten.

Während der Nazitross in den vorangegangenen Jahren von der Polizei eher „locker“ begleitet worden war, wurde nach massiven Krawallen un-

ter anderem in Hamburg die Anzahl der Beamten erhöht, die den Tross nur mit aufgesetzten Schutzhelmen abschirmten. Immer wieder kam es zu Angriffen auf die Beamten. Die Polizei selbst sprach von einem „hohen Aggressionspotenzial innerhalb des Aufzuges rechts“. In mehreren Fällen seien aus dem Zug Pyrotechnik gezündet und Flaschen geworfen worden, „durch die insgesamt 16 Polizeibeamte verletzt wurden“, so Polizeisprecher Peter Schulz. Es gibt eine „neue Generation“ von Rechten, äußerst gewaltbereit und aggressiv - wie früher in der autonomen Szene als „Schwazzer

REAKTIONEN

„Gefährliche Mischung“

Auf unserem Online-Portal DerWesten reagieren die Nutzer auf den Aufmarsch der Rechten. Beispiele:

- „Eine Schande, dass über 60 Jahre nach dem Ende der Nazidiktatur der braune Mob marodierend durch deutsche Großstädte marschiert.“ (von „Tinkatulia“)
- „Nazis dürfen über die Stolpersteine marschieren, während die Leute, die es selbst miterlebt haben, von der Polizei gestoppt werden. Es ist kaum in Worte zu fassen.“ (von „fehlerdernatur“)
- „Populismus gepaart mit Arroganz. Eine extrem gefährliche Mischung.“ (von „Zora“)
- „Mein Vaterland hat etwas besseres verdient, als den Aufmarsch von stumpfsinnigen braunen Horden mit Steinteimentalität.“ (von „Vera“)

>> derwesten.de/wr

Block“ an vorderster Front marschierend. Mehrfach musste der Zug von der Polizei gestoppt werden.

Gegen 19 Uhr, kurz vor dem Ende, kam es am S-Bahnhalt Körne-West abermals zu Ausschreitungen. Hier konnte nach Einschätzung der Bundespolizei ein Durchbrechen der Polizeiabsperrungen nur mit vereinten Kräften verhindert werden, bevor die Demonstranten unbehelligt - von der Bundespolizei begleitet - die Helmreise antreten konnten. Festgenommen wurden sechs Neonazis. Bei den Gegendemonstranten wurden 92 Protestler festgenommen.

Neue Dimension der Gewalt durch Neonazis – Großaufgebot der Polizei zwischen den Fronten

Vor dem Opernhaus ein friedliches Signal gegen Rechts



Die Polizei verhinderte den Protest der „Aktion 65 plus“. (Völkel)

Von Alexander Völkel und Andreas Winkelsträter

Dortmund ist am Samstag, anders als noch in Hamburg oder auch in Berlin, von schweren Krawallen am Rande der Neonazi-Demo verschont geblieben. Ein Großaufgebot der Polizei verhinderte ein Aufeinandertreffen von rechten und linken Demonstranten.

Schon zum vierten Mal haben Neonazis den Antikriegstag in Dortmund für ihre Zwecke missbraucht. 1100 Faschisten

lieferten sich Auseinandersetzungen mit der Polizei. Leidtragende waren auch dieses Mal die Bürger, die teils unzumutbare Behinderungen auf sich nehmen mussten. In einem kompletten Stadtbezirk kam das öffentliche Leben fast vollständig zum Erliegen: Innenstadt-Ost und Körne waren hermetisch abgeriegelt.

Geschäfte und Restaurants hatten geschlossen, Bus und Bahn verkehrten nicht mehr. Auch die Feste, so das Brunnenfest und das Jubiläum der Hauptschule am Ostpark, wa-



Während des Demozuges der Rechten wurden auch Polizeikräfte angegriffen. (Foto: Ralf Rottmann)

ren betroffen. Selbst Mitwirkende, die auf dem Brunnenfest auftreten sollten oder auch die Band „Microphone Mafia“, die bei der Protestveranstaltung spielen sollte, kamen nicht oder nur verspätet an. In der City kam es zu erheblichen Verkehrsbehinderungen.

Mit Fahnen und Transparenten („Nazis - sag nein!“, „Gewaltfrei gegen Neonazis“) mahnten 1500 Demokraten auf dem Platz der alten Synagoge vor Faschismus und wachsender Fremdenfeindlichkeit. Zu der Kundgebung „Bunt statt Braun“ hatten das Bündnis gegen Rechts, der Ar-

beitskreis gegen Rechtsextremismus und das „Bündnis 28.3.“ unter Federführung von Hartmut Anders-Hoepgen, dem Sonderbeauftragten des OB für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, erstmals gemeinsam eingeladen. Weitere Berichte: Lokalseite 2 und Westfalen-Rundschau

Westfälische Rundschau und WAZ, 08.09.2008

BLICKPUNKT Demonstrationen zum Antikriegstag

„Aktion 65 plus“ Polizei stoppte Demo zu den Stolpersteinen



Engagierte Senioren hatten zu einer Mahnwache an den Stolpersteinen aufgerufen.

Der spontane Demozug zu den Stolpersteinen und zum Jüdischen Friedhof im Anschluss an die Kundgebung „Bunt statt braun“ könnte juristische Konsequenzen haben.

Die „Aktion 65 plus“ hatte dazu aufgerufen, 700 Menschen - nicht nur Senioren, sondern Mitglieder von Kirchen und Gewerkschaften, Jugend- und Friedensorganisationen sowie viele entschlossene Bürgerinnen und Bürger, hatten sich beteiligt. Ihr Marsch zu den Stolpersteinen wurde jedoch von der Polizei genau vor der neuen jüdischen Synagoge in der Prinz-Friedrich-Karl-Straße gestoppt.

Vorausgegangen war ein tagelanger Streit zwischen der Polizei und den Annehmern der Mahnwache. Sie wollten die Stolpersteine und den Jüdischen Friedhof vor den Neonazis schützen und hatten deshalb Mahnwachen angemeldet, die die Polizei verboten hatte. Außerdem hatte Polizeipräsident Hans Schulze sämtliche alternativen Mahnwachen an anderen Gedenkorten untersagt. Dagegen zog die VVN vor Gericht - und die Polizei ruderte zurück. Andere Mahnwachen konnten nun doch angemeldet werden. Doch auch diese untersagte der Polizeipräsident am Freitagvormittag. Begründung: Die Mahnwachen in unmittelbarer Nähe der rechten Demostrecke gefährdeten die öffentliche Sicherheit.

Aus Empörung darüber hatten sich viele bürgerliche Kundgebungsteilnehmer auf dem Platz der alten Synagoge spontan dazu entschlossen, dennoch einen Marsch zum jüdischen Friedhof und den Stolpersteinen in der Nähe der Aufmarsch-Route zu machen. Die Polizei prüft jetzt rechtliche Schritte wegen Missachtung der Verbotserlassung. (alex)



Vor der Synagoge stoppte die Polizei die 700 Teilnehmer. (Fotos [2]: Völkel)

Zur Kundgebung „Bunt statt braun“ kamen Samstag etwa 1500 Teilnehmer auf den Theatervorplatz

„Stadt nicht den Rechten überlassen“

Von Joachim vom Brocke

„Wir wollen Euch nicht in dieser Stadt!“ Diese deutliche Botschaft richtete Hartmut Anders-Hoepken, Dortmunds Sonderbeauftragter für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, bei der Kundgebung auf dem Theaterplatz an die Neonazis. Vor etwa 1500 Teilnehmern forderte der Theologe die Dortmunder auf, ein „deutliches, nachhaltiges Zeichen zu setzen“.

Mit Fahnen und Transparenten („Nazis - sag nein“, „Gewaltfrei gegen Neonazis“) mahnten die Teilnehmer vor Faschismus und wachsender Fremdenfeindlichkeit. OB Dr. Gerhard Langemeyer („Die Stadt bleibt bunt statt braun“) wies auf die lange antifaschistische Tradition hin und warnte vor der „immer dreister werdenden rechtsextremen Szene“. Dortmund dürfe nicht zu einer Hochburg der Rechten werden, sagte der OB, sondern müsse „eine Stadt der Vielfalt bleiben“.

Jede einzelne Genehmigung für einen Aufmarsch von Rechten sei einer zuviel, so die Schüler Jana Herrmann und Lennart Peller (beide Immanuel-Kant-Gymnasium) und Nora Froelich (Heinrich-Böll-Gesamtschule). Beifall erhielt das mutige, junge Trio für seine Forderung nach „früher beginnender politischer Bildung“. Sie müsse schon im Grundschulalter beginnen.

Vielfalt, Offenheit und Liberalität müsse Dortmund auch künftig auszeichnen, hoffte Emre Gülec, stellvertretender Vorsitzender des Ausländerbeirates: „Wir dür-



Mit Fahnen und Transparenten mahnten 1500 Teilnehmer auf dem Theaterplatz vor Faschismus und Fremdenfeindlichkeit.



Nach und nach füllte sich der Theater-Vorplatz. Deutliche Kritik gab es in Richtung des Polizeipräsidenten. (Fotos [2]: Rottmann)

fen die Stadt nicht den Rechten überlassen“. Zwischen Migranten und Deutschen gebe es längst „mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede“. „Wir müssen von Sonntag bis Sonntag aufmerksam sein“, mahnte Eberhard Weber vom DGB und Sprecher des Arbeitskreises Dortmund gegen Rechtsextremismus. Vor allem aus den Stadtteilen und von „mehr Menschen aus der Mitte der Gesellschaft“ forderte Weber ein deutlich stärkeres Engagement. Dies gelte ebenso am Arbeitsplatz. Deutliche Kritik gab es von

Weber in Richtung Polizeipräsident Hans Schulze, dass Mahnwachen an Stolpersteinen zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus nicht zugelassen worden seien: Besser wäre ein Verbot des Neonazi-Aufmarschs gewesen als „einzig richtige demokratische Antwort“. Tülin Dolutas vom Bündnis gegen Rechts kritisierte: „Zum Schutz der Nazis tut die Polizei alles, zum Schutz vor den Nazis tut die Polizei nichts“. Sie forderte den Polizeipräsidenten auf, mehr zu tun für die Vielfalt in dieser Stadt oder sein Amt niederzulegen.

Hauptbahnhof: Friedlicher Protest der Autonomen

Friedlich und gewaltfrei ist die Demonstration des „Bündnis 28.3.“ verlaufen. 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, überwiegend aus dem autonomen Spektrum, hatten sich bereits um 10 Uhr an der Katharinentreppe gegenüber dem Hauptbahnhof versammelt. Das Motto der Versammlung war „Kein Frieden mit Neonazis“. Sie wurde von der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke und dem stellvertretenden Landessprecher der Links-Partei, Helmut Manz, angemeldet und geleitet. Nach anfänglichen Verzögerungen wegen Verstößen gegen die Auflagen, vor allem in Sachen Vermummung, konnte die Demo starten. Sie führte über den Königswall, Hoher Wall und Hiltropwall zum Schauspielhaus, wo die Veranstalter die Demo auflösten, damit die Teilnehmer an der Kundgebung „Bunt statt braun“ teilnehmen konnten. Während der Demo kam es zu erheblichen Verkehrsbehinderungen. (alex)



Ulla Jelpke (MdP) hatte die Demo angemeldet. (Rottmann)

Kleine Geschäfte blieben zu - Supermärkte und Tankstellen fehlten die Kunden - Autohaus lagerte gesamten Bestand aus Wegen Neonazis lebte ein ganzer Stadtbezirk im Ausnahmezustand

Von Alexander Völkel

Die Geschäfte schlossen, Gaststätten ließen die Rolltore runter und Autohäuser lagerten ihren Fahrzeugpark aus. In der Innenstadt-Ost und Körne ist am Samstag das öffentliche Leben zum Erliegen gekommen.

„Räumen Sie hier den Platz. Wir können Ihre Sicherheit nicht gewährleisten“, verweisen Polizisten Fassanten des Platzes, die mit Einkaufstüten über Kaiser- und Könnestraßen laufen. „Man fühlt sich, als wenn man sich dafür rechtfertigen müsste, sich auf seiner eigenen Straße aufzuhalten“, ärgert sich Anwohner Nils Zeino. „Die Polizisten tun so, als wenn wir hier falsch sind und nicht die Neonazis“, schimpft ein anderer Passant. „Sie verhindern, dass wir hier unseren Alltag leben können.“

Hochzeitsgäste liefen zu Fuß

An der Polizeisperre auf der Kaiserstraße bleibt auch eine vierköpfige Familie hängen. Mit dem Beamten müssen sie erst diskutieren, dass sie auf dem Rückweg zur Wohnung seien. „Sie haben den falschen Pullover an, um an einem solchen Tag problemlos durch die Absperrungen zu kommen“, weist ein Polizist den Kinderwagen-schiebenden Familienvater zurecht,



Hinter dem Rolltor standen die Gäste des „Zehnthofs“ und mussten den Neonazi-Aufmarsch verfolgen. Viele andere Lokale und Geschäfte hatten ganz geschlossen. (Foto: Rottmann)

weil er einen „Destroy-Fascism“-Pulli („Zerstör Faschismus“) trägt. „An einem solchen Tag ist es genau das Richtige“, kontert er. Ebenfalls zu leiden hatten Gäste der Hochzeitsfeier, die Samstag im Stadtbezirk stattfanden. Nicht alle Gäste hatten Zufahrtberechtigung bekommen. So wurden die langen Abendkleider gerollt und schimpfend auf Silletos bis zu zwei Kilometer zu Fuß durch Absperrungen und zwischen Demonstranten hindurch genommen. Andere Anwohner rührten sich wegen der Belagerung ab Mittags nicht mehr aus dem Haus: „Um 9 Uhr war mein Bäcker in der Davidstraße schon fast leer gekauft, weil die Kunden mögliche ‚Ein- und Ausreiseprobleme‘ im Laufe des Tages vermuteten“, berichtet

Anwohnerin Ursula Posseklemann. „Diese Demo ist eine Geldverschwendung“. Nicht zum ersten Mal wurden wegen der Neonazis die östliche Innenstadt und Körne abgeriegelt. Die Geschäftsleute hatten sich darauf eingestellt. Viele kleine Geschäfte hatten den ganzen Tag zu, Supermärkte und Tankstellen hatten zwar geöffnet. Nur wenige Kunden, darunter Demonstranten und Polizisten, kamen. Gähnende Leere auch auf dem Hof des Audi-Zentrums am Hellweg. „Um unser Eigentum zu schützen, haben wir alle Fahrzeuge in Sicherheit gebracht“. Mit Bauzäunen und Wachdienst hatten sie das Areal abgeriegelt. Die Gaststätte am Zehnthof hatte das Gitter geschlossen. Aus ihrem „Käfig“ sahen sich die Gäste den braunen Spuk an.



Die Polizei hatte weite Bereiche abgesperrt. Nur mit Mühe konnten sich die Anwohner dort noch bewegen. (Foto: Völkel)

WR-KOMMENTAR

Ein sehr fader Nachgeschmack

Zum Glück ist der braune Spuk erst einmal wieder vorbei. Durchatmen ist angebracht und vor allem das Aufarbeiten des vergangenen Samstags, als die Emotionen vielerorts hoch kochten. Gewöhnen wird man sich nie an die Aufmärsche der Neonazis. Doch sie gehören seit Ende der 90er Jahre in Dortmund leider zum Alltagsbild. Immer und immer wieder müssen Bürger die rechten Parolen und Provokationen ertragen, müssen massive Einschnitte in ihr Alltagsleben erdulden, wenn wie am Samstag 1100 Rech-

te aufmarschieren. Doch reicht den Rechten anscheinend nicht mehr, nur durch ihre bloße Anwesenheit die Bürger in Angst und Schrecken zu versetzen. Die Aufmärsche haben eine neue Dimension von Gewalt und Aggressivität erreicht, die sich nicht nur gegen linke Gegendemonstranten richtet, sondern wie der vergangene Samstag zeigte, auch gegen die Polizei.

Bei aller Hochachtung für den Einsatz der vielen Beamten, die bis an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gingen, psychisch und physisch. Ein sehr fader Nachgeschmack bleibt nach dem Polizeieinsatz. Was werden wohl die 1999 und 2000 in Polizeikesseln festgehaltenen und anschließend ins Polizeigewahrsam abtransportierten Menschen denken, die gegen die Neonazis protestierten? Sie müssen jetzt hören, dass Rechte Polizisten massiv angegriffen haben, sechzehn verletzt haben. Und sie müssen ertragen, dass diese rechten Randalierer unbefehligt abziehen konnten. Andreas Winkelsträter

Westfälische Rundschau und WAZ, 09.09.2008



1100 Neonazis demonstrierten am Samstag in der östlichen Innenstadt und Körne. Das notwendige Polizeiaufgebot legte das öffentliche Leben im gesamten Stadtbezirk lahm. (Foto: Ralf Rottmann)

Grüne wolle neue Debatte in der Stadt über Vorgehen gegen Rechts

Polizei weiter in der Kritik

Von Alexander Völkel und
Andreas Winkelsträter

Auch drei Tage nach den Protesten gegen die Neonazidemo vom Samstag haben sich die Wogen noch nicht geglättet. Ziel der Kritik ist in erster Linie die Polizei.

So will die Polizei die Staatsanwaltschaft überprüfen lassen, ob es rechtliche Schritte gegen die „Aktion 65plus“ gibt. Die Anmelderin der Aktion soll sich „trotz vollziehbarer Verbots einer Verführung der Polizei und Gerichte widersetzt haben“, spricht trotzdem zu einem Protestmarsch aufgerufen haben.

Nicht sonderlich über rascht ist Willi Hoffmeister, einer der Initiatoren der „Aktion 65 plus“, darüber. „Wenn der Polizeipräsident klug genug ist, lässt er das“, rät Hoffmeister dem Polizeipräsidenten. „Ich sehe das gelassen. Wir sind in Rücksprache mit der Polizei zum Südbahnhof und zur Synagoge gezogen.“ Von Verstößen könne daher keine Rede sein. Harsche Kritik an der Poli-



Vor der neuen Synagoge endete die Mahnwachen-Demonstration der „Aktion 65 plus“. (Foto: Alex Völkel)

zei gibt es von den Falken. „Dass der Aufmarsch der ‚Rechten‘ mit dem Demonstrationsrecht und dem Recht auf Meinungsäußerung genehmigt wurde, ist schon schwer erträglich“, erklärt Thomas Oppermann. „Wenn jedoch die Polizeiführung in ihrer Presseerklärung die Aggressionsbereitschaft des Aufmarsches als Begründung nimmt, um Anwohnern den Zugang zu ihren Wohnungen zu

nehmen und Berichterstattung von Journalisten einzuschränken, dann läuft etwas schief.“

Für die Falken sei neu, dass das grundgesetzliche Recht auf friedliche Versammlung und Demonstrationen ein aggressives Auftreten mit einschließt, welches zur Einschränkung des grundgesetzlich verbrieften Rechtes der Bewegungsfreiheit und Meinungsfreiheit führe.

Monika Düker (MdB Grüne): „Alles in allem ist der Aufmarsch der Rechten ohne größere Gewaltaktionen glimpflich über die Bühne gegangen. Die Polizei konnte gewaltsame Auseinandersetzungen erfolgreich verhindern. Damit wurde ein Ziel erreicht.“ Andere seien verfehlt worden: Mahnwachen konnten im Aufmarschgebiet nicht stattfinden. „Privatfeiern und lange geplante Feste wurden massiv eingeschränkt.“ Nebenbei: „Insgesamt 3000 Polizeibeamte aus ganz NRW waren in Dortmund vor Ort.“

Neues Konzept für die „Mobilisierung“

Für ihre Parteikollegin Daniela Schneckenburger zeige die Beteiligung an der Kundgebung gegen Rechts aber auch, dass vor Ort eine Debatte über das weitere Vorgehen gegen Rechts in der Stadt stattfinden müsse. „Das Mobilisierungskonzept muss überarbeitet werden.“

Ruhrnachrichten, 09.09.2008

isbedarf

Senioren wollen Neonazis stoppen

AKTION 65 PLUS STOP NEONAZIS!

„Entrüstung“ über Polizei

Nach Demonstrationen am Samstag



Rechtliche Schritte lässt die Polizei gegen die Organisatoren der spontanen Demo der Aktion „65 plus“ prüfen. RN-Foto Bockhewspic

Gewalttätige Auseinandersetzungen wurden erfolgreich verhindert. Trotzdem steht die Polizei nach den Demonstrationen vom Samstag in der Kritik.

Besonders im Fokus: Der Verbot einer Mahnwache an den Stolpersteinen zur Erinnerung an NS-Opfer am Heiligen Weg. Die Aktion „65 plus“ hatte trotzdem zu einer Demonstration dort aufgerufen, die mit rund 700 Teilnehmern vom Wasserturm zur jüdischen Gemeinde zog. Die Polizeiführung kündigte an, rechtliche Schritte gegen die Organisatoren zu prüfen.

Die Betroffenen seien mehrfach auf ihr unrechtmäßiges Handeln aufmerksam gemacht worden, verteidigte sich gestern die Polizei. Jetzt sei es Sache der Staatsanwaltschaft zu prüfen, welche strafrechtlichen Folgen die Missachtung des Verbots habe. Die „Aktion 65 plus“ reagierte gestern „entrüstet“.

Kritik am Vorgehen der Polizei äußern auch die Falken: „Dass der Aufmarsch der Rechten mit dem Demonstrationsrecht und dem Recht auf Meinungsäußerung genehmigt wird, ist schon schwer erträglich. Wenn jedoch die Polizeiführung die Aggressionsbereitschaft des Aufmarsches als Begründung nimmt, um Anwohnern den Zugang zu ihren Wohnungen zu nehmen und die Berichterstattung von Journalisten einzuschränken, ist etwas schief.“

Wenn die Aufmärsche der Neonazis schon nicht gerichtlich zu verhindern seien, müsse dafür gesorgt werden, dass sie dort marschieren, wo sie niemanden stören und nicht der Eindruck vermitteln können, die Stadt sei ihre, sagte der Sprecher des Grünen-Kreisverbandes Ulrich Langhorst. Enttäuscht zeigt er sich davon, wie wenig Menschen zur Kundgebung gegen Rechts auf dem Platz der Alten Synagoge kamen – nach Polizeiangaben rund 1500. „Die Beteiligung an der Kundgebung zeigt, dass eine Debatte über das weitere Vorgehen gegen Rechts in der Stadt stattfinden muss. Das Mobilisierungskonzept muss überarbeitet werden“, meint auch die Grünen-Landesvorsitzende Daniela Schneckenburger. • Oli

Die Gerichte hätten nach der Einschließung von linken Demonstranten am Rande der Neonazi-Demos 1999 und 2000 entschieden, dass die Polizei die Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht gewahrt habe. Hätte man den zweifelsohne sehr aggressiven Tross der Rechten aufgelöst, hätte man ebenfalls die Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht gewahrt. Man habe die strafrechtlich relevanten Dinge verfolgt (u.a. Werfen von pyrotechnischen Dingen), hätte auch sechs Verdächtige festgenommen. Direkte Angriffe oder Körperverletzungsdelikte habe es nur durch einen einzigen Bodycheck gegen einen Beamten gegeben. Die Rangelien zwischen den rechten Demonstranten und den Beamten seien strafrechtlich nicht relevante Vorfälle. Kritikpunkt am Polizeinsatz war auch, dass sich Neonazis aus dem von der Polizei abgeschirmten Tross heraus frei bewegen konnten, u.a. einkaufen gingen. „Das ist uns nicht bekannt geworden“, so der Behördenleiter. Man habe den rechten Aufmarsch am vergangenen Samstag aufgrund von Erkenntnissen in Hamburg so eng begleitet wie noch nie. Die Tatsache, dass die Beamten auch Schutzhelme trugen, zeige, wie aggressiv die Stimmung innerhalb des rechten Aufzuges war.

Westfälische Rundschau, 10.09.2008

Polizeipräsident sieht in Rangeleien zwischen Polizei und Rechten keinen Ansatz für Strafverfolgung

Nazidemo: Kein Grund für Auflösung

Von Andreas Winkelsträter

Man habe rechtlich nicht die Grundlage gehabt, den Zug der Rechten aufzulösen, erklärte Polizeipräsident Hans Schulze gestern im Gespräch mit unserer Zeitung.

Die Gerichte hätten nach der Einschließung von linken Demonstranten am Rande der Neonazi-Demos 1999 und 2000 entschieden, dass die Polizei die Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht gewahrt habe. Hätte man den zweifelsohne sehr aggressiven Tross der Rechten aufgelöst, hätte man ebenfalls die Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht gewahrt. Man habe die strafrechtlich relevanten Dinge verfolgt (u.a. Werfen von pyrotechnischen Dingen), hätte auch sechs Verdächtige festgenommen. Direkte Angriffe oder Körperverletzungsdelikte habe es nur durch einen einzigen Bodycheck gegen einen Beamten gegeben. Die Rangelien zwischen den rechten Demonstranten und den Beamten seien strafrechtlich nicht relevante Vorfälle. Kritikpunkt am Polizeinsatz war auch, dass sich Neonazis aus dem von der Polizei abgeschirmten Tross heraus frei bewegen konnten, u.a. einkaufen gingen. „Das ist uns nicht bekannt geworden“, so der Behördenleiter. Man habe den rechten Aufmarsch am vergangenen Samstag aufgrund von Erkenntnissen in Hamburg so eng begleitet wie noch nie. Die Tatsache, dass die Beamten auch Schutzhelme trugen, zeige, wie aggressiv die Stimmung innerhalb des rechten Aufzuges war.



Ereihlichen Klärungsbedarf gibt es noch nach der Demonstration der „Aktion 65 plus“. (Foto: Alex Völkelt)



„Wir gehen immer noch davon aus, dass die Teilnehmer mit ihrer Aktion gegen die Verbotverfügung gehandelt haben.“

Hans Schulze
Polizeipräsident

Dass die „Aktion 65 plus“ während der Demonstration am Samstag von der Polizei eine Genehmigung erhalten habe, doch die Gedenkstätten und Stolpersteine zu besuchen, sei der Behördenleitung nicht bekannt. Rund 700 Menschen waren davorhin vom Platz der Alten Synagoge zum ehemaligen Südbahnhof und zu neuen Synagoge gezogen. „Wir gehen davon aus, dass die Teilnehmer mit ihrer Aktion gegen die Verbotverfügung gehandelt haben“, so Schulze. Beamte hätten die Anmelderin mehrfach darauf hingewiesen, dass sie gegen das Verbot verstoße. Man werde nun innerhalb der Behörde prüfen, ob Polizeibeamte die durch das Gericht bestätigte Verbotverfügung, Gedenkstätte und Stolpersteine im Bereich des rechten Aufmarschweges zu besuchen, aufgehoben hätten.

23.10.2008

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 2797 vom 10.09.2008
der Abgeordneten Gerda Klaringer (SPD)
Drucksache 14/7740

Nazi-Aufmarsch legt Dortmund lahm – Informationen zu Straftaten und zum Polizeieinsatz

Der Innenminister hat die Kleine Anfrage 2797 mit Schreiben vom 22. Oktober 2008 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit der Justizministerin wie folgt beantwortet:

Vorbereitung der Fragestoffsicht

Am 09. September 2008 fand in Dortmund von 12.00 Uhr bis 20.00 Uhr eine Neonazi-Demonstration statt, an der über 1.000 Rechtsextremisten aus ganz Europa teilnahmen. Nur durch einen massiven Polizeieinsatz, an dem mehrere Tausend Beamte aus dem ganzen Land teilnahmen, konnte gesichert werden, dass der Tag weitestgehend friedlich verlief. Den Preis dafür mussten die Dortmunderinnen und Dortmunder bezahlen, deren Freiheit an diesem Tag massiv eingeschränkt war. Teile der östlichen Innenstadt und Körne waren ab mittags bis in die Abendstunden hermetisch abgeriegelt. Anwohner hatten Schutzgitter, die Polizeisperrn zu passieren. Selbst Passanten mit Kinderwagen und Senioren wurden zurückgewiesen. Anwohner, die Protesten gegen die Neonazis beabsichtigten, wurden von der Polizei darauf hingewiesen, dass sie mit ihrer Demonstrationsform rechnen müssten, sollten sie sich im Aufmarschgebiet der Rechtsextremisten aufhalten. Durchgang von der Dortmunder Innenstadt in den östlichen Teil der Stadt wurde den Bürgern nur nach nach dem Vorzeigen persönlicher Dokumente gewährt, mit denen sie sich als Anwohner des Viertels ausweisen konnten. Besuche von Freunden und Bekannten waren an diesem Tag somit unmöglich geworden. Gänge zu Schwämmen von der Verkehrssituation. Die Erreichbarkeit des Aufmarschgebietes war stark eingeschränkt. Der Verkehr der U-Bahn-Linie 43, die die östliche Dortmunder Stadtteile mit dem westlichen Stadtgebiet Dortmunds verbindet, wurde vom Mittag bis in die Abendstunden vollständig eingestellt, um ein Eindringen von unerwünschten Personen in das Versammlungsgelände zu verhindern. Buslinien im Aufmarschgebiet der Neonazis wurden ebenfalls eingestellt. Begleitet wurde dieser Ausfall des öffent-

Datum des Originals: 22.10.2008/Ausgegeben: 27.10.2008

Die Veröffentlichung des Landtags Nordrhein-Westfalen wird durch jeden der mit dem Landtag Nordrhein-Westfalen verbundenen Medienhäuser, darunter die Tageszeitungen, sichergestellt. Die Veröffentlichung der Antworten auf die Kleine Anfrage 2797 ist im Internetangebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de.

chen Personennahverkehrs durch Straßensperren, die den Weg per Auto von der Innenstadt nach Osten blockierten. Das Bild Dortmunds war an diesem Tag geprägt von Einsatzkräften der Polizei in Einsatzanzügen, polizeilichen Einsatzfahrzeugen und Wasserwerfern. Selbst Journalisten durften zeitweise nicht in den Kernbereich der Demonstration – weil es laut Aussagen der Polizei „zu gefährlich gewesen wäre“ (Westfälische Rundschau vom 07.09.2008). Laut Zeitungsberichten kam es mehrfach zu Ausschreitungen auf Seiten der rechtextremen Demonstrationsteilnehmer. Dabei wurden mehrere Polizisten verletzt. Mehrere Gegendemonstrationen sowie Mahnwachen an Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus am selben Tag wurden vom Dortmunder Polizeipräsidenten verboten. Insbesondere sind hier die Mahnwachen der „Aktion 65 plus“ an Stolpersteinen zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus sowie die Mahnwache auf dem jüdischen Teil des Ostfriedhofs anzuführen, die vom Polizeipräsidenten verboten wurden, weil sie an der Demonstrierstrecke der Neonazis liegen.

Vorbemerkung der Landesregierung

Für den 06.09.2008 waren drei Versammlungen angemeldet und vom Polizeipräsidium Dortmund bestätigt worden.

Das Polizeipräsidium Dortmund stand demnach vor der Aufgabe, die Durchführung dieser Versammlungen im Rahmen des Versammlungsgesetzes zu gewährleisten.

Neben dem die Versammlungsfreiheit schützenden Artikel 8 GG waren darüber hinaus konkurrierende Grundrechtsausübungen, insbesondere gestützt auf Artikel 2 I GG, aber auch auf Artikel 4 II und Artikel 5 I GG, im Rahmen der praktischen Konkordanz sicherzustellen.

1. In welchem Umfang waren polizeiliche Einsatzkräfte im Rahmen der Sicherung der Neonazi-Veranstaltung beteiligt (bitte aufschlüsseln nach Personal- und Sachmitteln sowie den angefallenen Kosten für das Land)?

Die Zahl der insgesamt eingesetzten Kräfte lag bei 2.678 Beamtinnen/Beamten und 54 Regierungsbeschäftigten.

Eine isolierte, allein die Versammlung des politisch rechten Spektrums betrachtende Differenzierung der Kräfterlage und damit auch der Personalkosten ist aufgrund der sich bedingenden Abhängigkeiten im Verlauf von mehreren am selben Tag stattfindenden Versammlungen und der sich ebenfalls bedingenden Wirkungen der polizeilichen Maßnahmen im Gesamteinsatz nicht möglich.

Bisher wurden beim Polizeipräsidium Dortmund Sachkosten in Höhe von 120.216,98 EUR erfasst. Der Rechnungsabschluss ist noch nicht erfolgt.

2. Wie viele Strafverfahren gegen Demonstrationsteilnehmer wurden eingeleitet (Bitte aufschlüsseln nach Straftatbeständen und nach Teilnehmern der Neonazi-Demo und der Gegendemonstrationen)?

Mit Stand vom 29.09.2008 wurden insgesamt 155 Ermittlungsverfahren mit Bezug zum Einsatz aus Anlass demonstrativer Aktionen am 06.09.2008 eingeleitet.

Auf den Bereich des „politisch linken Spektrums“ entfallen dabei 43 und auf den Bereich des „politisch rechten Spektrums“ 112 Straftaten.

Bei den 43 Taten aus dem Bereich des „politisch linken Spektrums“ handelte es sich ausschließlich um Straftaten nach dem Versammlungsgesetz.

Die 112 Taten aus dem Bereich des „politisch rechten Spektrums“ verteilen sich wie folgt auf die nachfolgenden Delikte:

Straftaten nach dem Versammlungsgesetz:	96
Landfriedensbruch ⁴	
Bildung einer kriminellen Vereinigung:	1
Körperverletzungsdelikte ⁴	
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion:	2
Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen:	2
Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte:	1
Sachbeschädigung:	
Beleidigung ¹ .	

Bei den Verstößen gegen das Versammlungsgesetz handelt es sich überwiegend um Ermittlungsverfahren gegen das Vermummungsverbot.

3. *Wie viele Festnahmen erfolgten im Laufe des Tages im Zusammenhang mit dem Neonaziaufmarsch (Bitte aufschlüsseln nach Festnahmen auf Seiten der Rechtsextremen und der Gegendemonstranten)?*

Insgesamt erfolgten 22 Festnahmen.

Dabei wurden 6 Personen, die dem „politisch rechten Spektrum“ zuzurechnen sind und 16 Personen aus dem „politisch linken Spektrum“ fest- genommen.

4. *Wie viele polizeiliche Einsatzkräfte wurden bei diesem Einsatz verletzt?*

Durch Fremdeinwirkung wurden 18 Polizeivollzugsbeamtinnen/-beamte verletzt. Dabei wurden 17 Polizeivollzugsbeamte durch den Bewurf mit Pyrotechnik in Form eines „Knalltraumas“ geschädigt. Ein Polizeivollzugsbeamter wurde durch den Wurf einer Flasche verletzt.

5. *Welche Schäden sind bei den Ausschreitungen rechtsextremer Demonstrationsteilnehmer (und der Gegendemonstranten) entstanden (bitte aufschlüsseln in Personen- und Sachschäden)?*

Das Polizeipräsidium Dortmund geht mit Blick auf die Art der begangenen Straftaten davon aus, dass die Höhe der Sachschäden eher als gering einzuschätzen sein wird. Im Übrigen siehe Antwort zu 4.

27.10.2008

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 2806 vom 18. September 2008
der Abgeordneten Gerda Kieninger SPD
Drucksache 14/7557

Einschränkung von Freiheitsrechten beim Naziaufmarsch

Der Innenminister hat die Kleine Anfrage 2806 mit Schreiben vom 24. Oktober 2008 namens der Landesregierung wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Am 06. September 2008 wurde die Freiheit der Dortmunderinnen und Dortmunder massiv eingeschränkt, um eine Neonazi-Demonstration zu sichern. Teile der östlichen Innenstadt und Körne waren ab mittags bis in die Abendstunden hermetisch abgeriegelt. Der Verkehr der U-Bahn-Linie 43, die die östlichen Dortmunder Stadtbezirke mit dem restlichen Stadtgebiet Dortmunds verbindet, wurde vom Mittag bis in die Abendstunden vollständig eingestellt, um ein Eindringen von „unerwünschten“ Personen in das Versammlungsgebiet zu verhindern. Buslinien wurden ebenfalls eingestellt. Zeitgleich blockierten Straßensperrungen den Weg per Auto von der Innenstadt nach Osten. Eine Anwohnerin berichtete, dass es ihr nicht einmal mehr möglich war, das Viertel zu verlassen. Nachdem sie 90 Minuten an der Kirche St. Franziskus wartete, dass die Polizei ihr Durchlass gewährt, gab sie auf. Der Durchgang von der Dortmunder Innenstadt in den östlichen Teil der Stadt wurde ohnehin nur noch Personen gewährt, die sich als Anwohner ausweisen konnten. Besuche von Freunden und Bekannten waren an diesem Tag somit unmöglich. Auch Passanten mit Kinderwagen und Senioren wurden zurückgewiesen. Selbst Journalisten durften zeitweise nicht in den Kernbereich der Demonstration (Westfälische Rundschau vom 07.09.2008). Anwohner, die Position gegen die Neonazis beziehen wollten, wurden von der Polizei darauf *hingewiesen*, dass sie mit ihrer Ingewahrsamnahme rechnen müssten, sollten sie sich im Aufmarschgebiet der Rechtsextremisten aufhalten.

Mehrere Gegendemonstrationen sowie Mahnwachen an Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus am selben Tag wurden vom Dortmunder Polizeipräsidenten verboten. Insbesondere sind hier die Mahnwachen der "Aktion 65 plus" an Stolpersteinen zum Geden-

Datum des Originals: 24.10.2008/Ausgegeben: 30.10.2008

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

ken an die Opfer des Nationalsozialismus sowie die Mahnwache auf dem jüdischen Teil des Ostfriedhofs anzuführen, die vom Polizeipräsidenten verboten wurden, weil sie an der Demonstrationsstrecke der Neonazis liegen.

Vorbemerkung der Landesregierung

Für den 06.09.2008 waren drei Versammlungen angemeldet und vom Polizeipräsidium Dortmund bestätigt worden. Der Anmelder einer Versammlung unter dem Motto „Gegen imperialistische Kriegstreiberei und Aggressionskriege“ war dem politisch rechten Lager zuzurechnen. Die beiden anderen Anmelder bezeichneten ihre Versammlungen als Gegenveranstaltungen. Vier weitere Versammlungsanmeldungen wurden zurückgezogen. Darüber hinaus wurden zwei Versammlungen durch die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten“ (VVN/BdA) angemeldet und durch das Polizeipräsidium Dortmund verboten, weil die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bei der Durchführung der Versammlung unmittelbar gefährdet gewesen wäre.

Die Verbotsverfügung des Polizeipräsidioms Dortmund wurde durch Vertreter des VVN/BdA beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen beklagt. Da die Klage im Verfahren jedoch für erledigt erklärt wurde, hatte das VG Gelsenkirchen nur noch über die Kosten des Verfahrens zu entscheiden. Die Kosten wurden dem Antragsteller (VVN/BdA) auferlegt.

Neben dem die Versammlungsfreiheit schützenden Artikel 8 GG waren darüber hinaus konkurrierende Grundrechtsausübungen, insbesondere gestützt auf Artikel 2 I GG, aber auch auf Artikel 4 II und Artikel 5 I GG, im Rahmen der praktischen Konkordanz zu gewährleisten.

Das Polizeipräsidium Dortmund hatte daher u.a. die Aufgabe zu bewältigen, einen Ausgleich zwischen dem Rechtsanspruch der Versammlungsanmelder auf störungsfreie Durchführung ihrer Versammlungen sowie den Interessen von Anwohnern und weiteren Unbeteiligten herzustellen.

Aufgrund der vorliegenden Erkenntnislage und den bisherigen Einsatzerfahrungen in derartigen Fällen war es erforderlich, durch die Einrichtung von Sperr- und Durchlassstellen ein Aufeinandertreffen der unterschiedlichen politischen Gruppierungen zu verhindern. Bei den durch die polizeilichen Maßnahmen zu verzeichnenden Einschränkungen genießen die Prüfung der Erforderlichkeit und der Verhältnismäßigkeit einen hohen Stellenwert. Sie richten sich insbesondere an der zu erwartenden Gefahrenlage aus.

- 1. *Hält die Landesregierung derart umfassende Einschränkungen von Freiheitsrechten (Bewegungsfreiheit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit) der Dortmunder Bürgerinnen und Bürger für angemessen, um das Demonstrationsrecht der Neonazis durchzusetzen?***

Siehe Vorbemerkungen.

- 2. *Wie bewertet die Landesregierung das Verbot von Mahnwachen an Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus?***

Die am 27.08.2008 von einem Vertreter der VVN/BdA für den 06.09.2008 angemeldeten Mahnwachen und Mahngänge in enger räumlicher Nähe zum Aufzugsweg der unter dem Motto „Gegen imperialistische Kriegstreiberei und Aggressionskriege“ stehenden Versamm-

lung wurden im Anschluss an ein eingehendes Kooperationsgespräch am 01.09.2008 mit Verfügung des Polizeipräsidenten Dortmund am 02.09.2008 verboten. Die gegen das Verbot eingelegten Rechtsbehelfe blieben erfolglos.

In seinem Beschluss vom 05.09.2008 weist das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen darauf hin, dass die Verbotsverfügung vor allem deshalb keinen rechtlichen Bedenken begegnet, weil das erklärte Ziel der geplanten Versammlung primär darin bestand, den „rechten Aufzug zu blockieren“, um ihn letztendlich zu „verhindern“.

Der verfassungsrechtlich geschützte Bereich der Versammlungsfreiheit wird dann verlassen, wenn nicht mehr die geistige Auseinandersetzung, die Artikulierung der gegensätzlichen Standpunkte im Meinungskampf und die Kundbarmachung des Protests als solche durchgeführt wird, sondern wo die Aktionen darauf angelegt sind, dass durch zielgerichtete Ausübung von Zwang - auch in Gestalt von Blockaden - Dritte in rechtlich erheblicher Weise darin behindert werden sollen, ihre geschützten Rechte wahrzunehmen.

3. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um künftig die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger während Aufmärschen von Rechtsextremisten zu sichern?

Die in der Antwort zu Frage 2 aufgezeigten Maßstäbe für die Zulässigkeit von Gegenveranstaltungen zu Versammlungen, die unter dem Schutz des Versammlungsgesetzes stehen, sind - unabhängig von der politischen Ausrichtung der jeweiligen Versammlung - bindend für die Versammlungsbehörden. Gegenveranstaltungen, deren eigentlicher Zweck in der Verhinderung solcher Versammlungen besteht, genießen nicht den Schutz des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit.

Die Versammlungsbehörden weisen jedoch - wie auch im vorliegenden Fall - im Einzelfall auf Alternativen hin, die eine Durchführung von Gegenveranstaltungen ermöglichen, ohne dass hierdurch die Durchführung einer geschützten Versammlung gefährdet wird.

4. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Beteiligung von rechtsextremen Gruppen und Vereinigungen (Kameradschaften, Parteien, „Autonome Nationalisten“) aus NRW, dem restlichen Bundesgebiet und dem Ausland an der Neonazi-Veranstaltung?

Die Demonstration wurde durch Personen, die dem Umfeld der Autonomen Nationalisten sowie der Kameradschaftsszene zuzurechnen sind, organisiert. Da Teilnahmeaufrufe u.a. auch über das Internet verbreitet wurden, konnten Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet und auch aus dem benachbarten Ausland erreicht werden.

Die überwiegende Anzahl der Teilnehmer - sowohl bundesweit, als auch aus dem benachbarten Ausland - ist aus dem Spektrum der Kameradschaften und der Autonomen Nationalisten mobilisiert worden.

Während der Veranstaltung traten Redner aus den Niederlanden, England, Österreich, Bulgarien und Tschechien auf.

5. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Beteiligung einzelner Personen aus NRW, dem übrigen Bundesgebiet und dem Ausland, die der extremen Rechten zugerechnet werden?

Siehe Antwort zur Frage 4.

29.12.2008

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 2909 vom 14. November 2008
der Abgeordneten Gerda Kieninger SPD
Drucksache 14/7920

Freiheitsrechte der Anwohner beim Neonaziaufmarsch in Dortmund

Der Innenminister hat die Kleine Anfrage 2909 mit Schreiben vom 22. Dezember 2008 namens der Landesregierung wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Die Antwort der Landesregierung auf meine Kleine Anfrage 2806 vom 18. September 2008 ist nicht zufriedenstellend. Einige der Fragen wurden schlichtweg nicht beantwortet. Möglicherweise wurden diese seitens der Landesregierung nicht richtig verstanden. Aus diesem Grund formuliere ich sie neu.

Am 06. September 2008 wurde die Freiheit der Dortmunder Bürgerinnen und Bürger massiv eingeschränkt, um eine Neonazi-Demo abzusichern. Teile der östlichen Innenstadt waren ab mittags bis in die Abendstunden hermetisch abgeriegelt. Straßensperren wurden errichtet und der öffentliche Nahverkehr wurde vollständig eingestellt. Von Anwohnern wurde berichtet, dass sie Probleme hatten, ihre Wohnungen zu erreichen oder ihr Viertel zu verlassen. Der Durchgang von der Dortmunder Innenstadt in den östlichen Teil der Stadt wurde ohnehin nur noch Personen gewährt, die sich als Anwohner ausweisen konnten. Besuche von Freunden und Verwandten zu empfangen war für die Anwohner an diesem Tag unmöglich. Selbst Passanten mit Kinderwagen und Senioren wurden zurückgewiesen.

Anwohner, die im Rahmen ihrer grundgesetzlich geschützten Meinungsfreiheit als Einzelpersonen Position gegen Neonazis beziehen wollten, wurden von der Polizei darauf hingewiesen, dass sie mit ihrer Ingewahrsamnahme rechnen müssten, sollten sie sich im Aufmarschgebiet der Neonazis aufhalten.

In den folgenden Fragen geht es um die Einschränkungen dieser Freiheitsrechte, denen die Dortmunderinnen und Dortmunder aufgrund von polizeilichen Maßnahmen unterlagen.

Datum des Originals: 22.12.2008/Ausgegeben: 02.01.2009

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Vorbemerkung der Landesregierung

Das Grundrecht der Freizügigkeit gemäß Artikel 11 Grundgesetz umfasst das Recht, sich überall in Deutschland aufzuhalten bzw. im Bundesgebiet zu wohnen sowie in die Bundesrepublik einzureisen und ist insofern durch diesen Sachverhalt nicht betroffen. Hier ist u.a. das Grundrecht der Bewegungsfreiheit gemäß Artikel 2, Absatz II, Satz 2 Grundgesetz einschlägig.

Das Bundesverfassungsgericht betont konsequent in seiner Rechtsprechung die herausragende Stellung des Grundrechtes auf Versammlungsfreiheit für unseren demokratischen Rechtsstaat. Sie gewährleistet dem Grundrechtsträger das Selbstbestimmungsrecht über Ort, Zeitpunkt, Art und Inhalt der Versammlung; BVerfG E 69, 315 (341). Gegebenenfalls hieraus resultierende Beschränkungen der Freiheitsrechte anderer sind im Rahmen der praktischen Konkordanz abzuwägen. Dies bedeutet bindend für die Versammlungsbehörde, dass die Durchführung der Versammlung im zulässigen Umfang zu gewährleisten ist und die Einschränkungen der Grundrechte anderer möglichst gering zu halten sind. In diesem Spannungsfeld sind letztlich Grundrechtseinschränkungen, die sich unvermeidlich aus der Ausübung der Versammlungsfreiheit ergeben, nicht zu vermeiden und seitens anderer Betroffener auch hinzunehmen.

Einsatzerfahrungen gerade der jüngeren Vergangenheit haben verdeutlicht, dass unkontrolliertes Aufeinandertreffen von Angehörigen der linken Szene und des rechten Spektrums unmittelbar zu schweren körperlichen Auseinandersetzungen führen. Vor diesem Hintergrund haben sich die auf Grundlage der „nordrhein-westfälischen Linie“ getroffenen polizeilichen Einsatzmaßnahmen zur Trennung dieser Gruppen, insbesondere unter Nutzung von Sperr- und Durchlasskonzepten, bei Versammlungen nachhaltig bewährt.

Diese Grundsätze hat das Polizeipräsidium Dortmund beachtet.

- 1. *Hält die Landesregierung eine derart umfassende Einschränkung des Rechts der Anwohner auf Freizügigkeit für angemessen, um das Demonstrationsrecht von Neonazis durchzusetzen?***

Siehe Vorbemerkungen.

- 2. *Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um künftig den Schutz des Rechts der Anwohner auf Freizügigkeit während Aufmärschen von Rechtsextremisten besser zu gewährleisten?***

Siehe Vorbemerkungen.

- 3. *Hält die Landesregierung eine derart umfassende Einschränkung des Rechts der Anwohner auf Meinungsfreiheit während Aufmärschen von Rechtsextremisten für angemessen?***

Siehe Vorbemerkungen.

- 4. *Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um künftig den Schutz des Rechts der Anwohner auf Meinungsfreiheit während Aufmärschen von Rechtsextremisten besser zu gewährleisten?***

Siehe Vorbemerkungen.

Rezept für dicke braune Soße

Man nehme:

die Bezeichnung für

- **Völkergruppen**
- **Religionszugehörigkeit**
- **Hautfarben**
- **die nationale Herkunft**
- **Besonderheiten der Nahrungsaufnahme**
- **äußere Merkmale**
- **ein spezifisches Gefühlsleben**
- **Berufsgruppen**
- **soziale Herkunft**

und eine ordentliche Prise pervertiertes Gedankengut, emotionale Intelligenz gegen null tendierend sowie geschichtlichen Analphabetismus.

Zubereitung:

Man werfe alles in einen Topf und lasse es zu einer dicken braunen Soße reduzieren.

Wohl bekomm's!

www.haste-gelesen.de